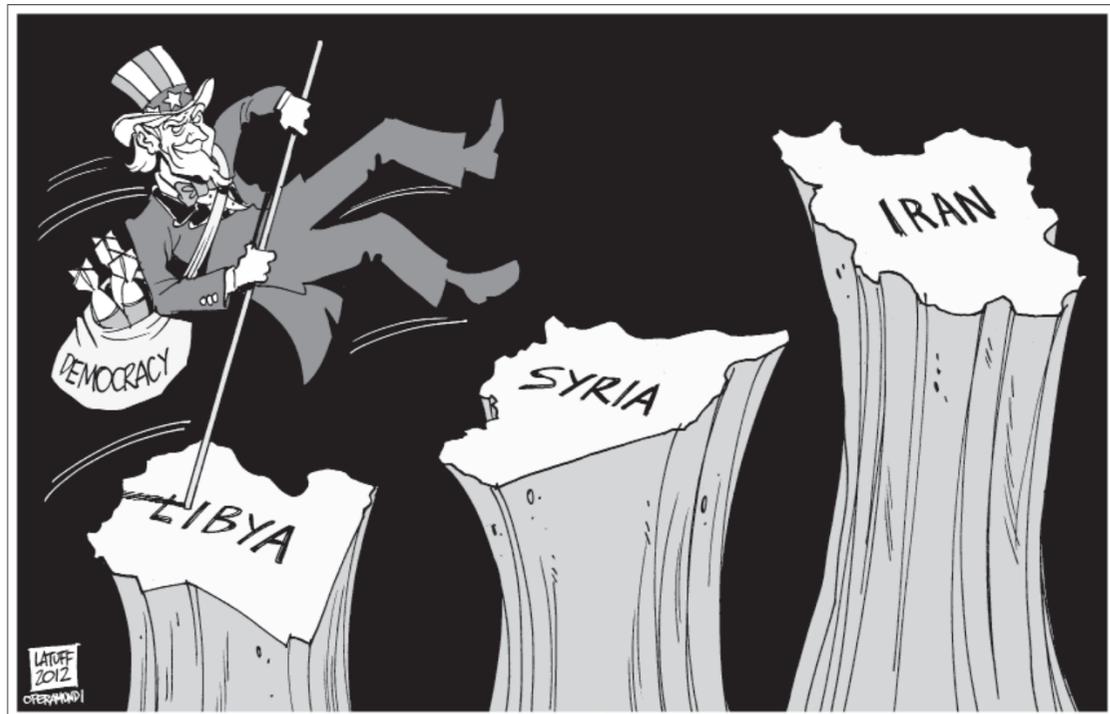


# Unsere Welt

## Aus dem Inhalt

Syrien: Friedensappell aus der Schweiz	2
Syrien: Blutiger Frühling	3
Nepal: Weltfriedenskongress in Kathmandu	4
Kuba: Kampf um Nahrungssouveränität	5
Cuban Five: Regierungs-Stories	6
SFB: Dreissig Jahre Genossenschaft Riehentor	7
Vietnam: Die Revolte der GI's	8



Uncle Sam's nächste Schritte in der Sicht des brasilianischen Karikaturisten Latuff.

## Washingtons Spiel vom Kaukasus bis zum Golf

# Syriens Pipelineistan-Krieg

Wer die Interessen ergründen will, die in Syrien kollidieren, tut gut daran, sich mit der geopolitischen Bedeutung Syriens für das eurasische Energie-Schachbrett zu beschäftigen. Letztlich ist Syrien ein Hauptverkehrsknotenpunkt zukünftiger Öl- und Gaspipelines. Zielmarkt: Europa.

### Von Pepe Escobar

Tief unterhalb von «Damaskus-Vulkan» und «Die Schlacht von Aleppo» poltern weiterhin die tektonischen Platten des globalen Energie-Schachbretts. Jenseits der Tragödie und Trauer des Bürgerkriegs ist Syrien auch ein Pipelineistan-Machtspiel.

Vor mehr als einem Jahr wurde ein \$10-Milliarden Pipelineistan-Deal zwischen Iran, Irak und Syrien für eine Erdgas-Pipeline abgeschlossen, die bis 2016 gebaut werden soll, um vom riesigen South-Pars-Feld im Iran den Irak und Syrien zu durchqueren – mit einer möglichen Verlängerung in den Libanon hinein. Der Export-Zielmarkt: Europa.

Während der letzten 12 Monate, unterdes Syrien in einen Bürgerkrieg stürzte, gab es keine Pipeline-Diskussion. Bis jetzt. Die oberste Paranoia der Europäischen Union ist es, eine Geisel der russischen Gazprom zu werden. Die Iran-Irak-Syrien-Gaspipeline wäre sehr wichtig, um Europas Energieversorgung weg von Russland zu diversifizieren.

Es wird komplizierter. Die Türkei ist zufällig der zweitgrösste Kunde von Gazprom. Die ganze türkische Energiesicherheits-Architektur hängt vom Gas aus Russland – und dem Iran ab. Die Türkei träumt davon, das neue China zu werden, so dass Anatolien als der ultimative strategische Scheideweg Pipelineistans für den Export von russischen, kaspisch-zentralasia-

tischen, irakischen und iranischen Öl und Gas nach Europa konfiguriert.

Versuchen Sie, Ankara in diesem Spiel zu umgehen, und Sie befinden sich in Schwierigkeiten. Bis praktisch gestern riet Ankara Damaskus zu Reformen – und zwar schnell. Die Türkei wollte kein Chaos in Syrien. Nun nährt die Türkei das Chaos in Syrien. Betrachten wir einen der möglichen Hauptgründe.

Syrien ist kein grosser Ölproduzent, seine Reserven schwinden. Doch bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges erzielte Damaskus kaum vernachlässigbare \$ 4 Milliarden pro Jahr durch den Verkauf von Erdöl – ein Drittel des Staatshaushalts.

Syrien ist weit mehr von Bedeutung als Energie-Kreuzung, ähnlich wie die Türkei – aber in einem kleineren Massstab. Der entscheidende Punkt ist, dass die Türkei Syrien braucht, um seine Energie-Strategie zu erfüllen.

### Pipeline umgeht Türkei

Syriens Spiel in Pipelineistan umfasst die arabische Gaspipeline (AGP) von Ägypten nach Tripoli (im Libanon) und die IPC aus Kirkuk im Irak bis Banyas – letztere befindet sich seit der US-Invasion 2003 im Leerlauf.

Das Kernstück der syrischen Energie-Strategie ist die «Four Seas Policy» – ein Konzept, das von Bashar al-Assad im Frühjahr 2011, zwei Monate vor dem Beginn des Aufstandes, eingeführt wurde. Es ist wie eine Art Mini-Ausgabe des türkischen Macht-

spiels – ein Energie-Netzwerk, das das Mittelmeer, das Kaspische Meer, das Schwarze Meer und den Golf verbindet.

Damaskus und Ankara kamen bald zur Sache, um ihre Gasnetze zu integrieren, sie mit der AGP zu verbinden, und vor allem die Erweiterung der AGP von Aleppo nach Kilis in der Türkei zu planen. Letzteres könnte später mit der ewigen Pipelineistan-Oper, Nabucco, verbunden werden, vorausgesetzt, dass diese fette Dame jemals singt (und das ist weit entfernt).

Damaskus war auch stets bereit, bezüglich der IPC voranzugehen: Ende 2010 unterzeichnete es ein Memorandum of Understanding mit Bagdad, um eine Gas- und zwei Öl-Pipelines zu bauen. Zielmarkt, wieder einmal: Europa.

Dann brach die Hölle los. Während der Aufstand im Gange war, wurde gleichwohl der \$ 10 Milliarden Pipelineistan-Deal zwischen Iran, Irak und Syrien perfekt gemacht. Wenn die Pipeline fertiggestellt sein sollte, würde sie mindestens 30 Prozent mehr Gas als die wahrscheinlich aufgegeben-werdende Nabucco-Pipeline liefern.

Ja, und da ist der Haken. Was manchmal als die islamische Gas-Pipeline bezeichnet wird, umgeht die Türkei.

Das Urteil ist offen, ob sich dieser komplexe Pipelineistan-Eröffnungszug als Kriegsgrund für die Türkei und die NATO qualifiziert, um auf Assad loszustürmen; es sollte jedoch daran erinnert werden, dass die Strategie Washingtons in Südwest-Asien

Fortsetzung Seite 2

## Bedenkliche Rolle der Schweiz im Syrien-Konflikt

# Waffen höhlen das Vertrauen aus

Nationalrat Geri Müller (Grüne), Mitglied der aussenpolitischen Kommission, antwortet auf einen Artikel von Ex-Botschafter Daniel Woker im Tages-Anzeiger.

### Von Geri Müller

Es sei richtig, «ungefährlich und unverfänglich», dass die Schweiz Treffen der syrischen Opposition finanziell unterstütze, um so für Demokratie und Menschenrechte in Syrien einzutreten. Dies schreibt Daniel Woker, ehemaliger Schweizer Botschafter in Kuwait, unter dem Titel «Gib, damit dir gegeben wird» (TA vom 10. 8.). Diese und andere Positionen, die Woker vertritt, dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Konflikte im Nahen Osten weniger mit Religionskriegen als mit der Sicherung der Energiequellen zu tun haben. Die Abhängigkeit des Westens von Erdöl und -gas ist eklatant. Die Versorgung besteht noch immer aus mindestens 70 Prozent fossiler Energie. Das einfach zu gewinnende Oberflächenöl neigt sich dem Ende zu; künftiges Öl braucht riesige Investitionen.

1945 sicherte Präsident Roosevelt den USA den Zugang zu den nächst-

lichen Quellen mit der Gründung der Aramco (Arab-American Oil Company). Nach Khomeinis islamischer Revolution 1979 boykottierten die USA und ihre europäischen Partner den Iran. Dessen Öl fliesst seither primär nach China.

### Es geht um die Energiequellen

Mit ihrem Engagement für die Gespräche der Opposition unterstützt die Schweiz letztlich die amerikanisch-saudiarabische Achse. Deren Hauptzweck ist hinlänglich bekannt: Es geht um die Vormachtstellung im Nahen Osten, welche die Saudis beanspruchen – und um die Schwächung der iranisch-syrischen Achse.

Vordergründig wird beabsichtigt, Präsident Bashar al-Assad zu stürzen und in Syrien ein sunnitische Regime einzurichten. Hintergründig geht es freilich auch darum, dem Westen den Zugang zu den Energiequellen zu sichern. Abgesehen davon stellt sich die Frage, ob die absolutistischen

Fortsetzung Seite 2

21. September  
**Internationaler Tag des Friedens**  
www.friedensbewegung.ch

**Vom Arabischen Frühling in den globalen Winter?**  
Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien ... und kein Frieden in Sicht.

mit **Dr. Peter Strutynski**  
Politikwissenschaftler und Friedensforscher, Uni Kassel

Mittwoch, 21. September 2012  
19.30 Uhr, Galeriesaal Volkshaus, Basel

Schweizerische Friedensbewegung SFB

**Syriens...** Fortsetzung von Seite 1

seit der Clinton-Administration die war, den Iran mit allen notwendigen Mitteln zu umgehen, zu isolieren und zu verletzen.

Damaskus verfolgte sicherlich eine sehr komplexe zweigleisige Strategie – zur gleichen Zeit verknüpfte es sich mit der Türkei (und dem irakischen Kurdistan), umging die Türkei aber auch und zog den Iran mit ein.

**Syrien bleibt im Spiel**

Nun, da Syrien in einen Bürgerkrieg verstrickt ist, würde kein globaler Investor auch nur davon träumen, in Pipelineistan herumzuspielen. In einem Post-Assad-Szenario sind hingegen alle Optionen offen. Alles wird von den künftigen Beziehungen zwischen Damaskus und Ankara und Damaskus und Bagdad abhängen.

Das Öl und Gas muss sowieso aus dem Irak kommen (plus noch mehr Gas aus dem Iran); aber das endgültige Ziel könnte die Türkei, der Libanon oder gar Syrien selbst sein – von wo aus der Export nach Europa direkt aus dem östlichen Mittelmeerraum vonstattengehen kann.

Ankara setzt definitiv auf eine sunnitisch-geführte Post-Assad-Regierung, die der AKP nicht unähnlich ist. Die Türkei hat bereits die gemeinsame Ölförderung mit Syrien angehalten und ist dabei, alle Handelsbeziehungen zu suspendieren.

Die syrisch-irakischen Beziehungen schliessen zwei separate Stränge ein, die eine Welt voneinander entfernt zu sein scheinen: mit Bagdad und mit dem irakischen Kurdistan.

Stellen Sie sich eine syrische Regierung von SNC-FSA vor. Diese wäre auf jeden Fall antagonistisch in Richtung Bagdad eingestellt, insbesondere in sektiererischen Verhältnissen ausgedrückt. Ausserdem steht die al-Maliki-Regierung der Schiiten-Mehrheit auf gutem strategischen Fusse mit Teheran, und bis vor kurzem auch mit Assad.

Die syrischen Pipelineistan-Routen in Richtung der östlichen Mittelmeerehäfen von Banyas, Latakia und Tartus gehen durch die Bergregionen der Alawiten. Es gibt auch viel Gas, das dort zu entdecken ist – nach den jüngsten Ausbeutungen in Zypern und Israel. Angenommen, das Assad-Regime würde gestürzt werden, schaffte aber einen strategischen Rückzug in die Berge, so wären die Möglichkeiten für die Guerilla-Sabotage von Pipelines vielfach.

**Waffen...** Fortsetzung von Seite 1

Herrscher in Saudiarabien, Katar und Jordanien geeignet sind als Bannerträger eines demokratischen Wandels.

Woker fordert, die Schweiz solle Angehörige der Armee nach Syrien entsenden, um «Terroristen von al-Qaida, Hizbollah und Hamas» daran zu hindern, dort «Chemiewaffen» zu behändigen. Die verfassungsmässig festgelegte Neutralität kümmert ihn nicht. Er erklärt sie vielmehr «für tot». Seit dem Mauerfall von 1989 gebe es keine neutrale Position mehr, nur noch Interessenpolitik.

Reine Interessenpolitik ist aber ein sehr kurzfristiges Denken. Was heute von Interesse ist, kann morgen bereits ins Gegenteil umschlagen. Das erleben wir gerade mit der lange Zeit «bewährten» Steuerhinterziehungspolitik. Die Neutralität hingegen hat stets Vertrauen in die Schweiz geschaffen, gerade im Nahen Osten. Eine Parteinahme für die westliche Aggressionspolitik in dieser Gegend und Waffenlieferungen an Diktaturen wie Saudiarabien oder Katar höhnen dieses aus.

**Ein runder Tisch für alle**

Merkwürdig mutet an, dass der Ex-Botschafter glaubt, eine vertiefte Zusammenarbeit mit der Nato könnte der Schweiz helfen, den eskalieren-



Wie es aussieht, weiss niemand, wie ein Post-Assad-Damaskus seine Beziehungen zu Ankara, Bagdad und dem irakischen Kurdistan neu konfigurieren wird – ganz zu schweigen von Teheran. Syrien wird gleichwohl weiterhin im Pipelineistan-Spiel mitmischen.

**Umgehungslosto**

Die meisten syrischen Erdölreserven liegen im kurdischen Nordosten – der geographisch zwischen dem Irak und der Türkei liegt; der Rest liegt im Süden entlang des Euphrat.

Die syrischen Kurden bilden neun Prozent der Bevölkerung – rund 1,6 Millionen Menschen. Selbst wenn sie nicht eine ansehnliche Minderheit sind, gehen die syrischen Kurden bereits davon aus, dass sie, egal was in einem Post-Assad-Umfeld geschehen wird, in Pipelineistan sehr gut positioniert sein werden, indem sie einen direkten Weg für die Ölexporte aus dem irakischen Kurdistan bieten, in der Theorie unter Umgehung sowohl Bagdads als auch Ankaras.

Es ist, als ob die ganze Region ein Umgehungs-Lotto spielte. Sosehr die islamische Gas-Pipeline als eine Umgehung der Türkei interpretiert werden könnte, sosehr könnte eine direkte Vereinbarung zwischen Ankara und dem irakischen Kurdistan für zwei strategische Öl- und Gaspipelines aus Kirkuk nach Ceyhan als Umgehung Bagdads angesehen werden.

Bagdad wird dies natürlich bekämpfen – indem es betont, dass diese Pipelines null und nichtig sind, ohne dass die Zentralregierung ihren beträchtlichen Anteil erhält; immerhin zahlt sie für 95 Prozent des Budgets des irakischen Kurdistan.

Die Kurden haben in Syrien und im Irak ein schlaues Spiel betrieben. In Syrien trauen sie weder Assad noch der SNC-Opposition. Die PYD – mit der PKK verbunden – tut den SNC

den Steuerstreit beizulegen. Man stelle sich vor: Dubiose Machenschaften von Schweizer Banken werden mittels Aufgabe der Neutralität «reingewaschen». Eine Ungeheuerlichkeit. Im Übrigen ist es schwer vorstellbar, dass die USA bei einem solchen Spielchen mitmachen würden.

Höchste Zeit für eine sorgfältige politische Analyse. Die Landkarte des Nahen Ostens wurde von den europäischen Kolonialmächten nach eigenen Interessen gezeichnet; ein filigranes Herrschaftskonstrukt wurde dabei zerstört. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Nahe Osten zum Öllieferanten. Die Herrschenden wurden belohnt, Aufstände niedergeschlagen. Bis heute. Keiner spricht über die Übergriffe der königlichen Polizei- und Militärtruppen in Saudiarabien und Bahrain. Oder darüber, dass die erzkonservative Islam-Auslegung der saudischen Sunniten mit Söldnern verbreitet wird – einst in Bosnien, heute in Syrien, Libyen und Pakistan.

Der Schweiz kommt da vor allem eine Aufgabe zu: einen runden Tisch für alle Gruppen im Nahen Osten einzurichten, um den Menschen dort eine Perspektive zu geben.

Quelle: Tages-Anzeiger vom 27. August 2012, Seite 9 ANALYSE

als Marionette der Türkei ab. Und der säkulare kurdische Nationalrat (KNC) fürchtet die syrische Muslim-Bruderschaft.

Die absolute Mehrheit der syrischen Kurden ist also neutral gewesen: keine Unterstützung für die türkischen (oder saudischen) Marionetten, alle Macht der pan-kurdischen Sache. Der Führer der PYD, Salih Muslim Muhammad, hat alles zusammengefasst: «Wichtig ist, dass wir Kurden unsere Existenz behaupten.»

Dies bedeutet im Wesentlichen mehr Autonomie. Und das ist genau das, was sie durch den Deal, der am 11. Juli in Erbil unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des irakischen Kurdistan, Masud Barzani, abgeschlossen wurde, erlangten: die Co-Regierung des syrischen Kurdistan durch PYD und KNC. Das war die direkte Folge eines schlaun strategischen Rückzugs des Assad-Regimes.

Kein Wunder, dass Ankara ausgeflippt ist – es sieht nicht nur, dass die PKK einen sicheren Hafen in Syrien findet, sondern auch zwei kurdische De-facto-Kleinststaaten, die ein starkes Signal an die Kurden in Anatolien senden.

Was Ankara tun könnte, um seinen Alptraum zu verringern, wäre diskrete wirtschaftliche Hilfe für die syrischen Kurden zu geben – von Beihilfen bis hin zu Investitionen in die Infrastruktur reichend –, und das über ihre guten Beziehungen zum irakischen Kurdistan.

In Ankaras Weltsicht darf seinem Traum, die ultimative Energie-Brücke zwischen Ost und West zu werden, nichts im Wege stehen. Das impliziert eine äusserst komplexe Beziehung mit nicht weniger als neun Ländern: Russland, Aserbaidschan, Georgien, Armenien, Iran, Irak, Syrien, Libanon und Ägypten.

Was die weitere arabische Welt betrifft, so wurde über ein arabisches Pipelineistan, das Kairo, Amman, Damaskus, Beirut und Bagdad verbinden könnte, noch vor dem arabischen Frühling ernsthaft diskutiert. Dies würde mehr zur Vereinheitlichung und Entwicklung eines neuen Nahen Ostens beitragen, als jede Art von «Friedensprozess», «Regime-Wechsel» oder ein friedlicher oder militärischer Aufstand.

**Werkzeug der USA**

In dieser heiklen Gleichung ist der Traum von einem Gross-Kurdistan jetzt wieder im Spiel. Und die Kurden könnten einen Grund haben, um zu lächeln: Washington scheint sie still zu decken – eine sehr ruhige strategische Allianz.

Freilich sind Washingtons Motive nicht gerade altruistisch. Das irakische Kurdistan unter Barzani ist ein sehr wertvolles Werkzeug für die USA, um eine militärische Präsenz im Irak zu halten. Das Pentagon wird das niemals offiziell zugeben – aber fortgeschrittene Pläne für eine neue US-Basis im irakischen Kurdistan bzw. für den Transfer der NATO-Basis in Incirlik ins irakische Kurdistan existieren bereits.

Dies muss zu einer der faszinierendsten Nebenhandlungen des arabischen Frühlings gehören. Die Kurden passen perfekt in Washingtons Spiel im ganzen Bogen vom Kaukasus bis zum Golf hinein.

Viele Führungskräfte von Chevron und BP dürfte jetzt vielleicht der Speichel ob der offenen Möglichkeiten des Pipelineistan-Dreiecks Irak-Syrien-Türkei im Munde zusammenlaufen. In der Zwischenzeit dürfte vielen Kurden jetzt der Speichel im Munde zusammenlaufen, dass Pipelineistan die Türen zu einem grösseren Kurdistan öffnen könnte.

Der 1954 geborene brasilianische Journalist und Buchautor Pepe Escobar ist Reporter für die Asia Times und Analyst bei The Real News. Quelle: Al Jazeera/ Tlaxcala, Übersetzung Lars Schall

**Die Schweiz darf sich nicht in die inneren Angelegenheiten Syriens einmischen****Friedensappell**

Im Bemühen um Frieden in Syrien hat die Kommunistische Jugend der Schweiz einen Friedensappell lanciert. Die Schweizerische Friedensbewegung unterstützt den Appell und die darin zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, wenn er auch in einzelnen Forderungen über das Ziel hinausschiessen mag. Mitunterzeichner sind bei Redaktionsschluss u.a. die Vereinigung Schweiz-Vietnam, die Religiös-sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz und die Vereinigung Schweiz-Kuba.

«Wir, die diesen Appell unterzeichnen, wollen Frieden in Syrien und im Nahen Osten. Wir nehmen mit Bedauern die Eskalation des syrischen Konflikts zur Kenntnis und weisen auf die Rolle der Schweiz in dieser humanitären Tragödie hin.

Tausende Syrer und Syrerinnen wurden getötet, noch mehr in Schrecken versetzt. Die Gewalt eskaliert von Tag zu Tag und verringert die Chance auf eine friedliche, politische Lösung des Konflikts.

Der Dialog zwischen Regierung, Opposition und der Zivilgesellschaft ist die Voraussetzung, um die Gewalt zu beenden. Auch die Friedensanstrengungen der internationalen Gemeinschaft, einschliesslich des Annan-Plans, setzten diese Bedingung voraus. Doch wurden diese Anstrengung stetig unterlaufen. Die Waffenlieferungen an die Rebellen, die Hilfe im bewaffneten Kampf und die Kriegsrhetorik – allesamt von den westlichen Staaten, der Türkei und den Golfmonarchien ausgehend – zerstören jede Hoffnung auf Frieden.

Die Souveränität der Völker ist unantastbar. Nur die Syrer und Syrerinnen haben das Recht, die Lage in ihrem Land nach ihren Wünschen umzugestalten. Dennoch wird die Souveränität des syrischen Volkes nicht respektiert; das Völkerrecht wird gebrochen. Die Folgen sind klar: Die Destabilisierung Syriens und der ganzen Region.

Die Schweiz und ihre Waffenindustrie sind in die Konflikte des Mittleren Ostens involviert. Im Falle Libyens versorgte Katar die Rebellen mit Munition der Ruag. Nach einer kurzzeitigen Aufhebung der Waffenlieferungen, exportierte die Schweiz sofort wieder an Katar. Die offizielle Begründung der Schweiz für die Fortsetzung der Exporte: Das Land habe seine Fehler eingestanden.

Es wundert nicht, dass bei einem derart haarsträubenden Vorgehen auch heute Schweizer Waffen in einem Krisengebiet zum Einsatz kommen. Die Rebellen Syriens sind bestückt mit Schweizer Granaten – ebenfalls von der Ruag. Durch diese Verstrickungen macht sich die Schweiz mitschuldig an der Destabilisierung der Region.

Zur gleichen Zeit erhebt die Schweiz Sanktionen, die die Lage des syrischen Volkes noch verschlimmern und die Rebellen darin bestärken, weiter auf den Weg der Gewalt zu setzen. Auch hat das Departement für auswärtige Angelegenheiten ein Treffen der syrischen Opposition finanziert, das der Vorbereitung eines Regierungsumsturzes diene. Die Schweizer Regierung hat damit die Neutralität verletzt und jeden Einsatz für Frieden und multilaterale Lösungen unterminiert.

Die Einmischung in die inneren Vorgänge der syrischen Nation und die Unterstützung radikal-islamistischer Kräfte sind aber nicht die einzigen Gefahren für den Frieden. Es drohen Krieg und Intervention gegen Syrien. Offen spricht der französische Staatspräsident Hollande vom Krieg. Er stimmt damit ein in den Chor der Kriegshetzer und Interventionsfantasten. Eine derartige Militäraktion würde Syrien ins Chaos stürzen – wie dies eben mit alle Staaten geschah, die von Nato-Kräften angegriffen wurden.

Wir entgegnen mit einem entschiedenen Nein zu jedem militärischen Eingriff in Syrien. Ein Krieg wie jener gegen Libyen darf sich nicht wiederholen. Tausende Menschen fielen in Libyen den Nato-Bomben zum Opfer. Es zeigt sich, dass mit Waffengewalt nicht die Demokratie, sondern die Friedhöfe gefördert werden.

Vom Schweizer Bundesrat erwarten wir dasselbe. Konkret fordern wir:

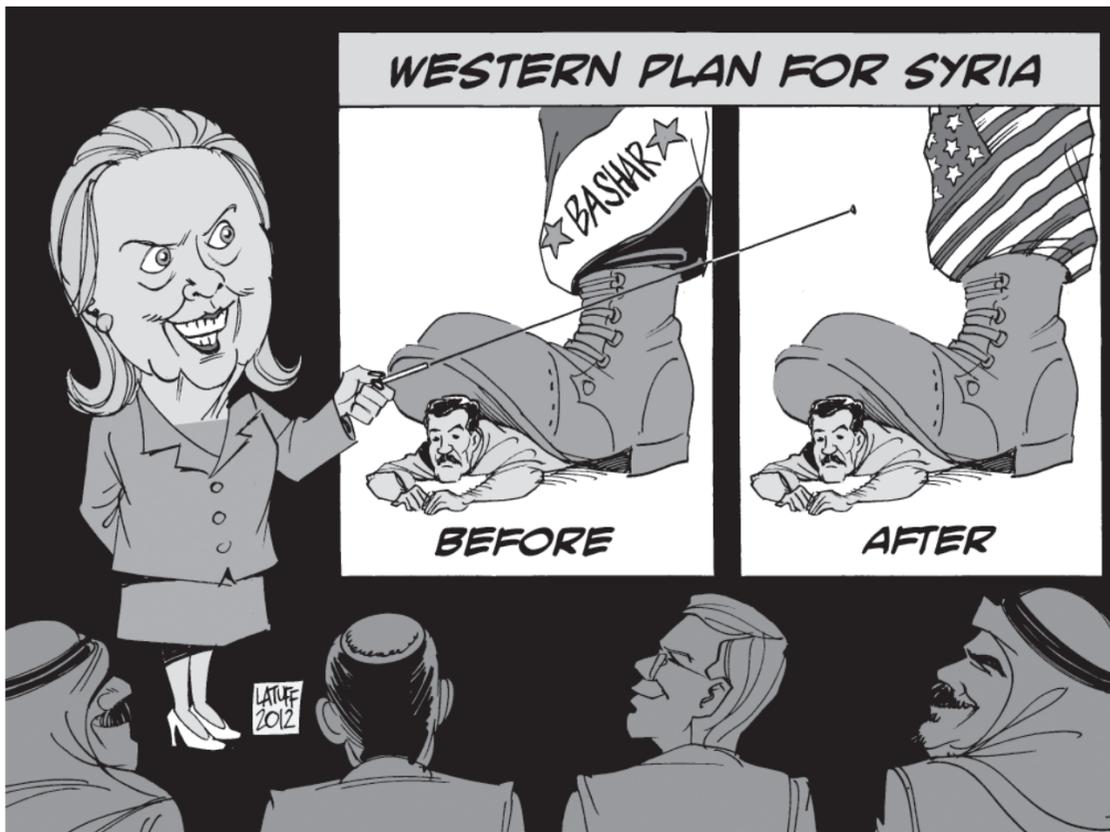
1. Die Souveränität des syrischen Volkes strikt zu respektieren und jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens als Bruch des Völkerrechts zu behandeln.
2. Die (Handels-)Beziehungen zu jenen Staaten abubrechen, die die Souveränität Syriens missachten und eine Eskalation heraufbeschwören.
3. Die Rhetorik von Militärintervention und Krieg gegen Syrien als nicht hinnehmbare Kriegshetze zurückzuweisen.
4. Sich jeder Uno-Resolution entgegenzustellen, die den Druck auf Syrien erhöht und damit die Lage weiter anspannen könnte.
5. Die Sanktionen gegen das syrische Volk einzustellen.
6. Sicherzustellen, dass der schweizerische Luft- und Bodenraum nicht für militärische Zwecke gegen Syrien genutzt werden kann.
7. Alle Waffenexporte umgehend einzustellen.

Damit es eine Lösung ausserhalb von Gewalt geben kann, müssen die westlichen Staaten, muss die Schweiz in die Pflicht genommen werden. Wir verweigern uns der Logik der Eskalation und der Sprache des Krieges. Das Volk allein kann seine Herrscher dazu bringen, ihre Politik zu ändern. In diese Perspektive stellen wir unseren Appell für den Frieden und rufen zur Bildung einer breiten Friedensbewegung auf. Wir fordern nicht das Unmögliche; wir fordern den Frieden.»

Jede Organisation und alle Einzelpersonen, die den Frieden wollen, sind aufgefordert, diesen Appell zu unterzeichnen. Meldet euch unter [Kommunistische Jugend, Postfach 6966, 3001 Bern](mailto:KommunistischeJugend@postfach.6966.3001.bern.ch) oder per Mail unter [zuerich@KommunistischeJugend.ch](mailto:zuerich@KommunistischeJugend.ch)



Redaktionsschluss dieser Nummer:  
30. August 2012



Hillary Clintons Pläne für das Syrien nach Bashar al-Assad. Karikatur Latuff

Uri Avnerys Sicht auf Syrien

# Blutiger Frühling

Mit dem heutigen Beitrag zur Situation in Syrien mag unser geschätzter Friedensfreund Ury Avnery aus Tel Aviv Widerspruch wecken, insbesondere was seine Wertschätzung der syrischen Oppositionsbewegung angeht. Obwohl wir diesbezüglich nicht mit allen Schlussfolgerungen einig gehen, möchten wir unsern Leserinnen und Lesern seinen ansonsten wie immer bedenkenswerten Text aber nicht vorenthalten. Die Redaktion.

Von Uri Avnery

Auf einem Flug nach London hatte ich 1961 ein einzigartiges Erlebnis.

Unterwegs machte das Flugzeug einen Zwischenstopp in Athen und eine Gruppe Araber stieg zu. Dies war als solches schon ein Erlebnis. In jenen Tagen trafen Israelis kaum jemals auf Menschen aus arabischen Ländern.

Diese drei jungen Araber sassen in der Reihe hinter mir, und irgendwie gelang es mir, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Ich erfuhr, sie seien Syrer. Ich erwähnte die vor kurzem geschehene Auflösung der Vereinten Arabischen Republik, die Union von Ägypten und Syrien unter der panarabischen Führung von Gamal Abd-al-Nassar.

Meine drei Nachbarn waren sehr glücklich über die Trennung. Einer von ihnen zog einen Pass aus seiner Tasche und reichte ihn mir. Es war ein völlig neues Dokument von der Arabisch-Syrischen Republik herausgegeben.

Man konnte sich über den enormen Stolz nicht irren, mit dem dieser junge Syrer mir – einem israelischen Feind – diesen Beweis von Syriens neu gegründeter Unabhängigkeit zeigte. Hier war ein syrischer Patriot – ganz einfach.

Die reiche Geschichte von Sham

Eines der Bücher, das in meiner Jugend einen sehr grossen Einfluss auf mich ausübte, war Philip Hittis «Eine Geschichte Syriens».

Hitti, ein maronitischer Christ, aus dem, was heute der Libanon ist, hat die Schule im ottomanischen Beirut besucht und wanderte in die USA aus, wo er der Vater der modernen arabischen Studien (Sprachen und Kultur) wurde.

Sein bahnbrechendes Buch gründete sich auf die Behauptung, dass Syrien ein Land von der Sinaiwüste bis zu den türkischen Bergen, vom Mittelmeer bis zu den Grenzen des Irak sei. Dieses Land, das auf arabisch Sham

heisst, schliesst die gegenwärtigen Staaten Libanon, Israel, Palästina und Jordanien ein.

Hitti erzählte die Geschichte dieses Landes aus der früh-historischen Zeit bis zur (damalig) gegenwärtigen Zeit, Schicht um Schicht, einschliesslich jeder Periode und jeder Region, wie das biblische Israel und das Petra der Nabatäer. Alles war Teil der grossartigen, reichen Geschichte von Sham.

Das Buch änderte meine eigene geographische und kulturelle Ansicht unseres Platzes in der Welt. Noch bevor der Staat Israel geschaffen wurde, sprach ich mich dafür aus, dass in unseren Schulen die vielseitige Geschichte Palästinas durch die Jahrhunderte (und nicht nur die jüdische Geschichte) gelehrt würde.

(Das hätte Hitti wütend gemacht. Er leugnete, dass es ein Land mit Namen Palästina gab. In einer langen öffentlichen Debatte mit Albert Einstein, einem engagierten Zionisten, behauptete Hitti, dass die Entität, die Palästina genannt wurde, von den Briten erfunden worden sei, um das Gedächtnis der Leute dafür dingfest zu machen, dass Juden einen Anspruch darauf hätten.)

Teile und herrsche

Von Hitti erfuhr ich zum ersten Mal von den vielen ethnisch-religiösen Gruppen im heutigen Syrien und Libanon. Muslimische Sunniten und Schiiten, Drusen, Maroniten, Melkiten und viele andere alte und moderne christliche Konfessionen im Libanon; Sunniten, Alawiten, Drusen, Kurden, Assyrer und ein Dutzend christlicher Konfessionen in Syrien.

Die europäisch-imperialistischen Mächte, die das Ottomanische Empire nach dem 1. Weltkrieg aufbrachen, hatten kaum Respekt für die Vielfalt ihres neuen Erwerbs. Doch beide übernahmen das Prinzip des «divide et impera» (Teile und herrsche). Die Franzosen übertrafen damit sich selbst.

In Syrien mit einer heftigen nationalistischen Opposition und einem

bewaffneten Aufstand durch die Drusen konfrontiert, teilten sie das Land in kleine religiös-ethnisch-geographische Splitterstaaten. Sie spielten mit den Feindseligkeiten zwischen Damaskus und Aleppo, zwischen den Muslimen und Christen, Sunniten und Alawiten, Kurden und Arabern, Drusen und Sunniten, indem sie jedem einen eigenen «Staat» gaben.

Das tiefgreifendste Unterfangen, die Teilung zwischen einem von Christen dominierten «Gross-Libanon» und dem Rest von Syrien, hatte einen dauerhaften Effekt. (Es wurde Gross-Libanon genannt, weil die Franzosen in dieses nicht nur rein christliche Regionen einschlossen, sondern auch muslimische – die Schiiten im Süden und die Sunniten in den Hafenstädten.)

Als die Franzosen schliesslich zum Ende des 2. Weltkrieges aus der Region verjagt wurden, blieb die Frage, ob und wie Syrien und der Libanon als Nationalstaaten überleben könnten.

In beiden gab es einen integrierten Widerspruch zwischen dem einigen Nationalismus und der teilenden ethnisch/religiösen Tendenz. Sie adaptierten zwei verschiedene Lösungen.

Die Antwort des Libanon war die delikate Struktur eines Staates, der sich auf eine Balance zwischen den Gemeinschaften gründete. Jede Person «gehört» zu einer Gemeinschaft. Praktisch ist jeder ein Bürger seiner Gemeinschaft, und der Staat ist nur eine Föderation der Gemeinschaften.

(...) Das libanesische System ist eine Negation der «eine-Person – eine-Stimme»-Demokratie, aber es hat einen brutalen Bürgerkrieg überlebt, mehrere Massaker, eine Anzahl israelischer Invasionen und einen Wandel der Schiiten vom letzten zum ersten Platz. Es ist robuster, als man hätte vermuten können.

Die syrische Lösung war sehr anders – eine Diktatur. Eine Reihe von starken Männern folgten einander, bis die al-Assad-Dynastie sie übernahm. Ihre überraschende Langlebigkeit hängt von der Tatsache ab, dass viele Syrer aller Gemeinschaften anscheinend einen brutalen Tyrannen einem Auseinanderbrechen des Staates in Chaos und Bürgerkrieg vorzogen.

Brüchige Einheit

Jetzt, wie es scheint, nicht mehr. Der syrische Frühling ist ein Spross des Arabischen Frühlings, aber unter anderen Bedingungen.

Ägypten ist viel anders als Syrien, als dass man einen Vergleich ziehen könnte. Die Einheit Ägyptens ist seit

Tausenden von Jahren unbestritten gewesen. Ägyptischer Nationalstolz ist fast greifbar. Die von israelischen Kommentatoren erhobene Frage, ob der neue Präsident zuerst ein Muslim-Bruder ist oder zuerst ein Ägypter, klingt für einen Ägypter irrelevant. Die ägyptische Muslimbruderschaft ist natürlich zuerst ägyptisch. So auch die ägyptischen Kopten, die ziemlich grosse christliche Minderheit. (Ihr Name wie das Wort «Ägypten» selbst kommt vom alten Namen des Landes.)

Die Einheit Ägyptens wie die Tunesiens und sogar Libyens nach dem Sturz der Diktatoren hängt offensichtlich mit dem nationalen Bewusstsein dieser Völker zusammen. Dies ist in Syrien keine gegebene Tatsache.

Wird Syrien, wenn das Monster von Damaskus schliesslich gestürzt wird, überleben?

Im allen westlichen Ländern und auch in Israel sagen alle Experten hämisch voraus, das Land werde auseinanderfallen, mehr oder weniger nach dem Vorbild des kolonialen französischen Vorgängers.

Das ist gut möglich. Eine der wenigen Optionen, die Bashar al-Assad geblieben sind, ist, die Alawiten in seiner Armee zu sammeln und sich in die alawitische Festung im Nordwesten des Landes zurückzuziehen und diesen vom Rest Syriens abzutrennen.

Dies würde zu viel Blutvergiessen führen. Die Alawiten würden sicher alle Sunniten ihrer Region vertreiben, und die Sunniten würden alle Alawiten aus allen anderen Regionen vertreiben. Es würde den schrecklichen Ereignissen in Indien während der Teilung des Subkontinents und der Schaffung Pakistans gleichen, wenn auch in viel kleinerem Massstab.

Die Drusen im Süden Syriens würden ihren eigenen Staat gründen (ein alter Traum in Israel). Die Kurden im Nordosten des Landes würden dasselbe tun, vielleicht sich dem benachbarten kurdischen Halbstaat im Irak anschliessen (ein türkischer Alptraum). Was von Syrien übrig bleiben würde, würden sich die ewig mit einander konkurrierenden Städte Damaskus und Aleppo teilen.

Das ist möglich, aber nicht unvermeidlich. Es würde der bedeutendste Test für den syrischen Nationalismus sein. Besteht er überhaupt? Wie stark ist er? Stark genug, um die Trennung der Gemeinschaften zu überwinden?

Ich wage nicht zu prophezeien. Ich kann nur hoffen. Ich hoffe, dass die verschiedenen Elemente der syrischen Opposition sich einigen, um den gegenwärtigen brutalen Bürgerkrieg zu gewinnen und ein neues Syrien zu gründen.

Anders als die israelischen Kommentatoren fürchte ich mich nicht vor einer «Islamisierung» Syriens. Es stimmt, dass die syrische Muslimbruderschaft immer gewalttätiger war als die ursprünglich ägyptische Organisation. Durch ihre Aktionen damals halfen sie mit, das schreckliche Massaker in Hama zu provozieren, das Hafez al-Assad ausführen liess. Aber wie man in Kairo sieht, hat die politische Macht eine mässige Wirkung.

Das Rätsel der Linken

Für mich bleibt ein Rätsel. Ich sehe im Internet, dass viele wohlmeinende Leute in aller Welt, besonders auf Seiten der Linken, Bashar unterstützen.

Dies ist ein Phänomen, das sich wiederholt. Da scheint es eine Art von linken Monsterfreunden zu geben. Dieselben Leute, die Slobodan Milosevic, Hosni Mubarak und Moammar Qaddafi umarmten, umarmen nun Bashar al-Assad und protestieren laut gegen amerikanisch imperialistische Pläne gegen diesen «allgemeinen Wohltäter».

Offen gesagt, dies scheint mir ein bisschen verrückt zu sein. Es stimmt, Grossmachtpolitik beeinflusst, was in Syrien geschieht, so wie sie es überall in der Welt tut. Aber der Charakter und die Aktionen von Bashar, die denen seines Vaters folgen, lassen keinen Zweifel aufkommen. Er ist ein Monster, der sein Volk abschlachtet, und der so schnell wie möglich entfernt werden muss, am besten unter UN-Führung. Wenn dies auf Grund des russischen und chinesischen Vetos unmöglich ist – warum, um Gottes Willen?! – dann müssen die syrischen Freiheitskämpfer so viel wie möglich unterstützt werden.

Ich hoffe aus tiefstem Herzen, dass ein freies, vereinigt, demokratisches Syrien aus diesem Chaos auftauchen wird: noch ein Spross des arabischen Frühlings.

In sha Allah, wenn Gott will, wird unsere Nachbarn sagen würden.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert. Zwischentitel und geringfügige Kürzung durch die Red.)



20 Jahre medicUBA-Suisse

15 Jahre medicUBA-Europa



SOLIVERANSTALTUNG

## KUBA IN DER ROTEN FABRIK: GESUNDHEIT FÜR ALLE

**17.30** **Türöffnung**  
Ausstellung: Bilder aus Kuba  
*ArteCubano.ch*

**18.30** **Kuba – die letzten 20 Jahre**  
Veränderungen in Kuba, das Kuba-Bild der Medien und die Gesundheitspolitik Kubas  
Podium mit **Harald Neuber**, Journalist, Kuba- und Lateinamerika-Spezialist, und **Franco Cavalli**, Onkologe, alt Nationalrat, Vizepräsident medicUBA-Suisse

**20.30** **Cuba-Bar**  
Showgruppe Salsatanzclub Zürich

**21.30** **Kubanische Live-Musik RaKachan**

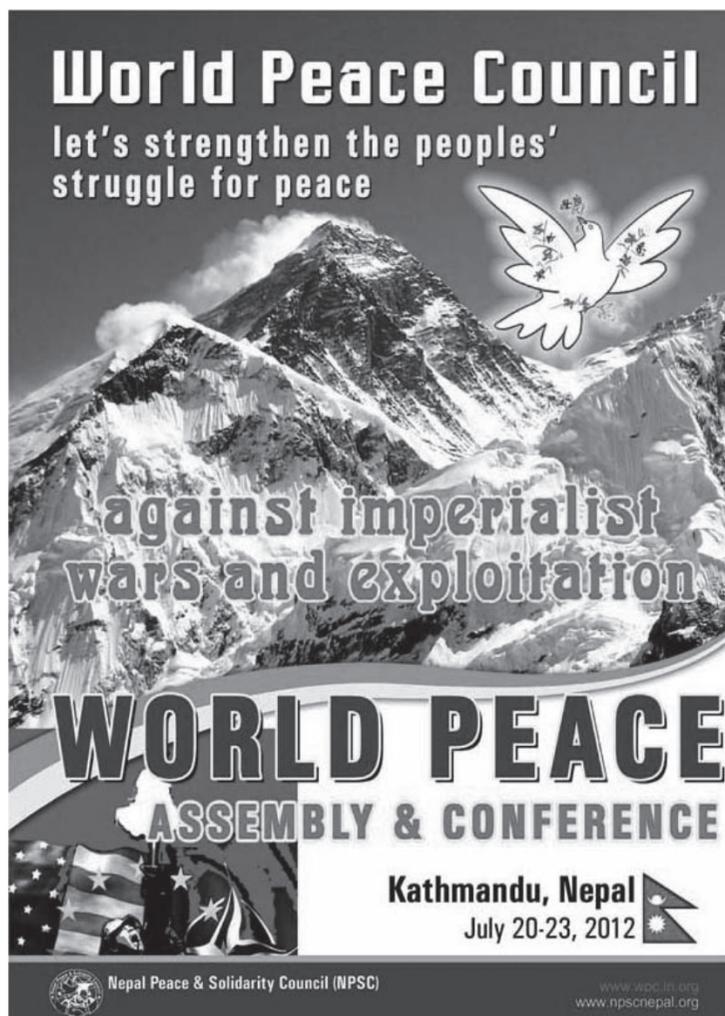
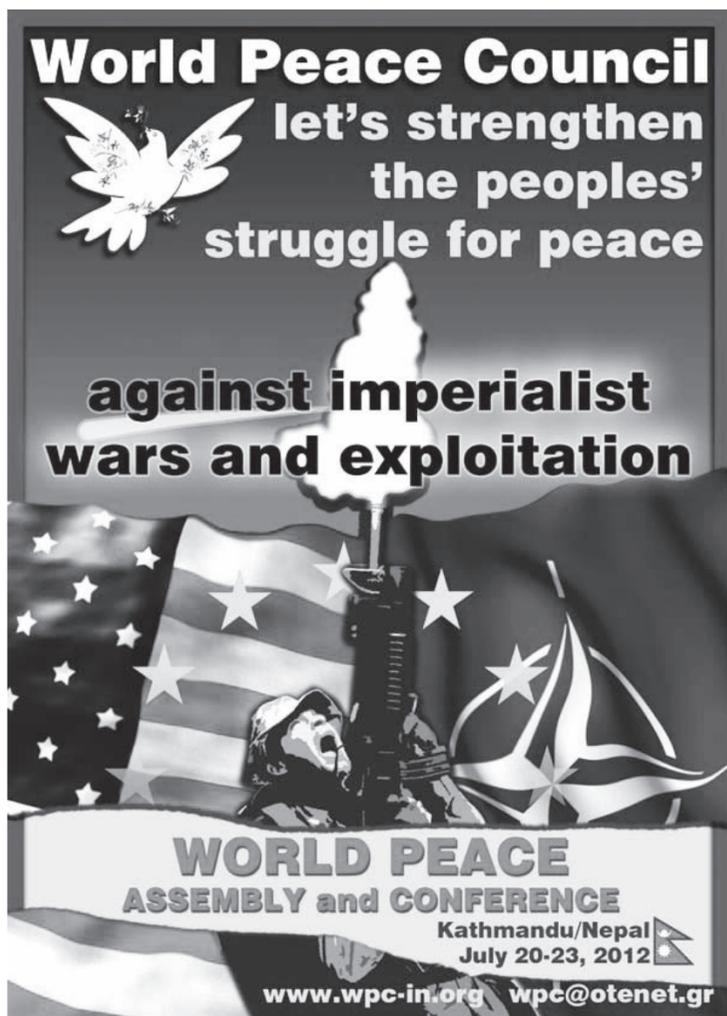
**24.00** **DJ Manuel**

Eintritt: 25.– (ab 20 Uhr)



Rote Fabrik  
Seestrasse 395  
8038 Zürich  
www.rotefabrik.ch

**SAMSTAG, 15. SEPTEMBER 2012, AB 17.30 UHR**  
ROTE FABRIK ZÜRICH, SEESTRASSE 395



## Mobil gegen Waffengewalt

Die mexikanische Anti-Gewalt-Bewegung, die wiederholt mit Friedenskarawanen durch das lateinamerikanische Land auf ihr Anliegen aufmerksam gemacht hat, ist zu ihrem einmonatigen Protestzug durch den Süden der USA aufgebrochen. Sie fordert, dass Washington der Verbreitung von Schusswaffen einen Riegel vorschreibt.

Der Karawane für Frieden mit Gerechtigkeit und Würde gehören Aktivistinnen und Gewaltopfer an. Mexiko wird durch den Krieg zwischen den verschiedenen Drogenkartellen aufgegeben. Die kriminellen Banden behaupten sich mit Hilfe tausender Waffen, die illegal die US-Grenze passieren.

In den Vereinigten Staaten sind rund 100 000 Waffenverkaufsstellen zugelassen, von denen nach Angaben der mexikanischen Regierung rund 12 000 im Grenzgebiet zu Mexiko angesiedelt sind. Laut dem Büro zur Kontrolle von Alkoholika, Tabak, Schusswaffen und Sprengsätzen (ATF) im US-amerikanischen Justizministerium gibt es in den USA 55 000 zugelassene Waffengeschäfte, davon 6 700 an der US-mexikanischen Grenze.

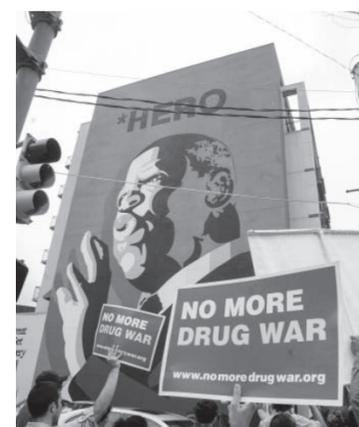
«Wir sind verzweifelt, weil uns keine Aufmerksamkeit schenkt. Wir wissen, dass der Verkauf von Waffen im grossen Stil betrieben wird. Wir wollen mit unserem Marsch durch die USA ein Bewusstsein dafür schaffen, wie wichtig es ist, den uneingeschränkten Verkauf dieser Waffen zu unterbinden, damit sie nicht über die Grenze nach Mexiko geschmuggelt werden», sagt der mexikanische Friedensaktivist und Teilnehmer an der Karawane, Fernando Ocegueda.

Von den 70 Personen, die an der Friedenskarawane teilnehmen, sind 54 direkte oder indirekte Opfer von Gewalt. Die Karawane, die sich seit dem 12. August auf US-amerikanischem Boden befindet, wird an verschiedenen Etappenzielen wie Los Angeles, Phoenix, Tucson, El Paso, New Orle-



ans, Atlanta, Chicago und New York Halt machen. Die mexikanischen Aktivistinnen werden sich mit Vertretern von etwa 80 US-Organisationen über Möglichkeiten einer alternativen Drogenpolitik und über Massnahmen zur Bekämpfung des Waffenschmuggels und der Geldwäsche austauschen.

Die mexikanischen Aktivistinnen fordern die sofortige Einstellung von US-Geldern für die mexikanischen Streitkräfte. Die Mittel müssten in Projekte der menschlichen Sicherheit umgeleitet werden. Darüber hinaus verlangen sie von den USA eine Entmilitarisierung der Grenze und die Entkriminalisierung der illegalen Einwanderer. (Emilio Godoy, IPS. Illustrationen: www.caravanforpeace.org)



## Generalversammlung des Weltfriedensrates und Weltfriedenskonferenz in Nepal

# Viele Rituale und nur wenige Resultate

Friedensorganisationen aus aller Welt trafen sich vom 20. – 23. Juli in Kathmandu zur alle vier Jahre stattfindenden Generalversammlung des Weltfriedensrates, darunter auch die Schweizerische Friedensbewegung (SFB).

Von Jonas Jäggi

Mit etwas über 40 Ländern war die Beteiligung tiefer als erhofft und nur etwa halb so gross wie in Caracas vor vier Jahren. Vor allem lateinamerikanische und afrikanische Organisationen waren schwach vertreten. Ein Grund dafür war sicher die Lage des Austragungsortes. Auch waren die venezolanischen Organisatoren in der Lage, die Anreise der Delegationen zu subventionieren – ein Luxus, den sich die Organisatoren aus Nepal, einem Land, das zu den 50 ärmsten der Welt zählt, nicht leisten konnten. So war es schwierig an den Erfolg von Caracas anzuknüpfen.

Der nepalesische Peace and Solidarity Council scheute dennoch keinen Aufwand, den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten und den Kongress zu grösstmöglichem Erfolg zu führen. Dieser bestand neben der zweitägigen ordentlichen Versammlung aus einer Friedenskonferenz mit Vorträgen und Diskussionen zu thematischen Panels.

Der erste Tag der Versammlung war neben einzelnen organisatorischen Anliegen ganz dem allgemeinen Austausch gewidmet. Auf die Reden der Präsidentin und des Sekretariats und die Berichte der Koordinatoren aus den fünf Weltregionen folgten Beiträge der einzelnen Mitglieder. So erhielt man einen wertvollen Einblick in die Situation der jeweiligen Länder und die unterschiedlichen Aufgaben, mit denen die Friedensbewegungen dort konfrontiert sind. Die meist enthaltene individuelle Analyse des Weltgeschehens machte aber Wiederholungen unvermeidlich und die Vorträge zeitweise auch ermüdend. Für eine eigentliche Diskussion blieb kein Raum, aus zeitlichen Gründen mussten Beiträge gar auf den nächsten Tag verschoben werden.

Die Konferenz stand unter dem starken Eindruck des laufenden Konflikts in Syrien. Der wohl eindrucksvollste, emotionalste und zugleich

kontroverser Beitrag war daher derjenige der syrischen Delegation selbst. Das Bild, das sie lieferte, war so ziemlich das Gegenteil dessen, was wir hierzulande in den Medien zu hören bekommen: Bei dem laufenden Konflikt handle es sich um eine feindliche Aggression mit allen Mitteln gegen ein Land, das sich seit längerer Zeit der westlichen Hegemonie entgegenstelle. Dabei sei es zunächst darum gegangen, das Bild von Syrien über die Medien zu verzerren. Sie strichen den Reformprozess heraus, der seit dem Auftreten der Demonstrationen aufgenommen wurde und der dem syrischen Volk bessere demokratische Standards und mehr soziale Gerechtigkeit gebracht habe. Die im Februar dieses Jahres in Kraft getretene neue Verfassung sei mit den besten der Welt vergleichbar. Dass die Golfmonarchien für sich in Anspruch nehmen, sich mit der Unterstützung der Rebellen für Demokratie in Syrien einzusetzen, sei daher geradezu lächerlich. Der Reformprozess sei erst durch den militärischen Konflikt unterbrochen worden. Niemand spreche mehr von Reformen in Syrien, alle nur noch von Frieden. Diesen Frieden könne aber nur die syrische Armee herstellen, welche nichts anderes tue als die Bevölkerung vor den terroristischen Angriffen zu beschützen. Daher stellten sie sich hinter die Armee und die Regierung und hinter einen friedlichen Reformprozess hin zu einer echten Demokratie.

Etwas mehr Raum für eine Diskussion gab es in den Regionaltreffen am nächsten Tag. In Europa stand die Intensivierung von Aktionen in vier Bereichen im Vordergrund: Die Militarisierung Europas unter der Schirmherrschaft der NATO, internationale Solidarität vor allem mit den Völkern Syriens, Palästinas und der Sahara, der wachsende Rassismus und Fremdenhass und Solidarität mit den Opfern der Wirtschaftskrise.

Der Zeitmangel zog sich wie ein roter Faden durch die Konferenz. Die Schlussdeklaration und die zahlreichen von Mitgliedsorganisationen vorgeschlagenen Resolutionen mussten mit den gesammelten Einwänden und Anmerkungen dem Sekretariat übergeben werden, bevor man sich die Versammlung über die einzelnen Punkte einigen konnte. Einer dieser Punkte war die Frage, ob man in Bezug auf Syrien das Regime von Assad adressieren oder zumindest die Gewalt beider Seiten verurteilen wolle. Die Diskussion wurde vor allem von den Syrern sehr emotional geführt. Letztlich blieb es beim ursprünglichen Kompromiss, hinter dem alle stehen konnten, weil er die strittige Frage ganz einfach vermied. In deutscher Übersetzung lautet der betreffende Abschnitt der Schlussdeklaration:

«Zur Zeit unserer Versammlung ist Syrien das unmittelbarste Ziel imperialistischer Aggression. Mit politischer, militärischer und finanzieller Unterstützung der USA, führender EU-Länder, der Türkei und einiger williger arabischer Monarchien, hat die selbsternannte «Freie Syrische Armee» Akte der Subversion und Sabotage gegen Syrien ausgeführt. Es ist das alleinige Recht des syrischen Volks über seine Zukunft und seine Führung zu bestimmen, frei von ausländischer Einflussnahme. Wir unterstützen die gerechte Forderung der syrischen Bevölkerung nach einem friedlichen politischen, ökonomischen, sozialen und demokratischen Wandel und wir verurteilen alle externen Bestrebungen zu intervenieren und die Souveränität Syriens zu untergraben. Von dieser Versammlung rufen wir alle progressiven friedliebenden Kräfte auf, ihre Solidarität mit dem syrischen Volk auszudrücken.»

Insgesamt kam ich mit etwas gemischten Gefühlen von der Konferenz zurück. Die Analyse des westlichen Imperialismus und die Kritik des kapitalistischen Systems nahm jeweils viel Raum ein. So bekam man den Eindruck, einer Versam-

mlung kommunistischer Frontorganisationen beizuwohnen. Die angestrebte Breite der Friedensbewegung erschien in dieser Rhetorik allzu oft als blosses Lippenbekenntnis. Dabei würde es meiner Meinung nach genügen, sich auf den Geist der Vereinten Nationen zu berufen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die friedliche Koexistenz etc. und das Bewusstsein, dass nachhaltiger Frieden sozialer Gerechtigkeit bedarf, um sämtliche Positionen des Weltfriedensrats zu stützen.

Man hätte sich auch oft einen etwas diskursiveren Austausch an Stelle langer aneinander gereihter Monologe im Plenum gewünscht. Der Ablauf glich oft einem Ritual, in dem es darum ging, sich gegenseitig in seinen Positionen zu bestärken. Für mich stellte dies die vorsichtige Annäherung durchaus heterogener Organisationen dar, bei der kontroverse Diskurse noch wenig Platz hatten und daher eher vermieden wurden. So war der vorrangige Zweck, den diese Versammlung verfolgte, die gemeinsame Identitätsstiftung und die Beförderung des Bewusstseins, dass man mit seinen Positionen nicht alleine dasteht. Das Bedürfnis der Teilnehmer nach solcher Identifikation schien gross. Der Modus der Versammlung gab so zwar keinen Anlass, einen grundsätzlichen Mangel an Diskussionsbereitschaft zu unterstellen. Aber er zeigte auf, wo sich der Weltfriedensrat in seinem Prozess der Konsolidierung noch befindet.

Was all diese Wermutstropfen allemal wettzumachen vermochte, war der direkte Austausch mit den anderen Organisationen, das Teilen von Erfahrungen und die angeregten Diskussionen, die vor allem neben der eigentlichen Konferenz stattfanden. Das war es vor allem, was Kathmandu für mich zu einem unvergesslichen Erlebnis machte.

Die Schlussdeklaration sowie die einzelnen Resolutionen, soweit schon veröffentlicht, finden sich auf [www.wpc-in.org](http://www.wpc-in.org).

## Kuba macht Nägel mit Köpfen (II)

## Kampf um die Nahrungssouveränität

Kuba importiert um die 80 Prozent seiner Lebensmittel und gibt dabei jährlich um die zwei Milliarden Dollar aus. Mittlerweile ist die Frage der Nahrungssouveränität auf Kuba zu einer Frage der Nationalen Sicherheit erklärt worden und die prekäre Versorgungslage nimmt in der gegenwärtig laufenden «Aktualisierung» des kubanischen Wirtschaftsmodells einen prominenten Platz ein.

Von Martin Schwander

Bauer Paulo Orlando Pérez Guzmán aus Güira de Melena, einer Ortschaft im Westen von Havanna, ist sauer. Der Präsident der bäuerlichen Genossenschaft CSS «Frank País» kann nicht verstehen, dass er auf Gemüsebananen sitzen bleibt, die auf den staatlichen Märkten seines Landes dringend benötigt würden. Im Juli hätten die Genossenschafter dem örtlichen Vermarkter landwirtschaftlicher Produkte gemäss Vertrag 86 Tonnen des begehrten Gemüses abliefern müssen. Günstige Witterungsverhältnisse in den Vormonaten und hohe Temperaturen beschleunigten jedoch die Ernte, und so brachten die Bauern gut das Doppelte des vertraglich gesicherten Absatzes ein. Der örtliche Vermarkter, der wiederum Verträge mit regionalen und nationalen Betrieben abgeschlossen hatte, wollte nur einen Teil des Überschusses abnehmen und so verdarben schliesslich um die 30 Tonnen Gemüsebananen in den Lagerräumen der Genossenschaft.

Für Eduardo Tabares, Genossenschaftsbauer der CSS Frank País, ist klar, dass nur mehr Autonomie in der Vermarktung ihrer Produkte hier Abhilfe schaffen kann: «Es sind viel zu viele Zwischenhändler in der ganzen Kette.» Und sein Präsident fügt an: «Wir sind sofort bereit, den Preis für die Bananen zu senken. Das einzige was wir verlangen ist, dass wir die Möglichkeit erhalten, unsere Ernte sinnvoll zu nutzen und dass die Menschen davon profitieren können, bevor alles verdorrt. Die Gemüsebanane kann man weder lange auf dem Feld liegenlassen noch lange lagern und wenn sie mal reif ist, will sie niemand mehr kaufen. Entschuldigungen gibt es immer. Während der letzten Feiertage im Juli sagten sie uns zum Beispiel, dass sie nicht die ganze Lieferung übernehmen könnten, weil die staatlichen Märkte an den Feiertagen nicht geöffnet hätten. Aber unsere Produkte kennen keine Feiertage und das Volk isst auch jeden Tag...»

### Boden ist genug vorhanden

Gemäss bestehendem Recht sind 21 bestimmte landwirtschaftliche Produkte (darunter etwa Frischmilch, Kartoffeln oder Zucker) zunächst in vertraglich ausgehandelten Mengen an Staatsunternehmen abzuliefern, die sie wiederum an die staatlichen Agrarmärkte (MAE) oder an die Verkaufsläden für die stark verbilligte

Abgabe von rationierten Lebensmitteln weiterverbreitet. Was von diesen 21 «strategischen» Produkten über die vertragliche Menge hinaus produziert wird, kann von den Bauern ebenso wie ihre andern Produkte frei verkauft werden, was meist über Zwischenhändler auf den «Mercados Agropecuarios de Oferta y Demanda» (Agrarmärkte nach Angebot und Nachfrage) geschieht und seit der Vergabe von Lizenzen an Selbständigerwerbende immer mehr auch über die «Carreteros», die Händler, die mit ihren Gemüsekarren durch die Quartiere ziehen. Für die Bananen der Genossenschaft Frank País boten diese Möglichkeiten keine Lösung: Bis Transport und Verteilung organisiert gewesen wären, hätte das Gemüse angesichts des schnellen Reifeprozesses bereits keine Käufer mehr gefunden.

Die starren Verträge der bäuerlichen Genossenschaften mit staatlichen Grossverteilern und die bisher engen Grenzen des freien Verkaufs ihrer Produkte ist nur eines der Probleme, mit denen sich die kubanische Landwirtschaft konfrontiert sieht. Eigentlich – so müsste man meinen – wären über 6,5 Millionen Hektaren bewirtschaftbaren Bodens und das tropische Klima dazu angetan, ein Land mit etwas über 11 Millionen Einwohnern und einem zusätzlichen Touristenstrom von noch einmal um die 3 Millionen Menschen jährlich weitgehend selbst zu versorgen. Dem ist jedoch bei weitem nicht so: Um die 80% des Bedarfs an Nahrungsmitteln importiert Kuba aus dem immer teureren Weltmarkt und vergibt sich damit jährlich um die 2 Milliarden Dollar, die anderswo dringend benötigt würden. Kein Wunder also, dass die kubanische Staatsführung die Nahrungssouveränität zu einer Frage der Nationalen Sicherheit erklärt hat und die prekäre Versorgungslage mit verschiedenen Reformen und Anpassungen schnellstmöglich zu verbessern sucht.

Noch vor vier Jahren lag von der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche knapp über die Hälfte brach oder war gänzlich von Marabú überwuchert, einer besonders hartnäckigen landesfremden Pflanze, die im 19. Jahrhundert aus Afrika eingeschleppt worden war und bis zu 10 Meter hohe dichte Büsche bildet. Dass der allergrösste Anteil dieser «verlorenen» Fläche – vielfach ehemalige Zuckerrohrfelder – auf Staatsbetriebe fiel, veranlasste Kuba im Juli 2008 zu einer weiteren



Traditionelles Bewässerungssystem auf den Ländereien des Genossenschaftsbauern Alexander Escalona Clemente von der Genossenschaft «Eduardo Panizo» in Guanajay. Foto Schwander

Agrarreform, nachdem bereits 1993 die Dominanz der staatlich verwalteten Güter aufgeweicht worden war. Mit dem Gesetzesdekret 259 verfügte der Staatsrat, dass erstmals seit der Landreform von 1959 wiederum grössere Landflächen auch an Privatpersonen abgegeben werden können: nicht in Besitz, aber doch zur freien, nicht übertragbaren Nutzniessung während eines bestimmten, verlängerbaren Zeitraumes hinweg. Kleinbauern, die ihre bestehenden Felder nachweislich bebauen, erhalten mit dem Gesetz die Möglichkeit, ihre Anbaufläche auf 40,26 Hektaren auszuweiten und landlosen Bauern kann eine Fläche von maximal 13,42 Hektaren zugeschlagen werden.

### Vom Büro zur Scholle

An die 2,5 Millionen Hektaren brachliegenden Landes aus dem Besitz der Staatsbetriebe wurden für diese Umverteilungsaktion bisher identifiziert. Der für die Landkontrolle zuständige Funktionär des kubanischen Agrarministeriums, Pedro Olivera ortet weiteres Potenzial, denn er vermutet, dass die staatlichen Farmen aber auch einige Genossenschaften einen Teil der schlecht genutzten Flächen «verstecken» würden, um sie nicht hergeben zu müssen. Im März 2012 zog er eine erste Bilanz: So wurden aus 194 000 Gesuchen bis anhin an insgesamt 163 000 Personen 1 495 000 Hektaren staatlichen Bodens zur Nutzniessung abgegeben.

Waren es zu Beginn der Landreform in erster Linie Bauern selbst, die ihre Betriebe zu erweitern suchten oder Bauern, die bis anhin über keinen eigenen Boden verfügten, trafen in den letzten Jahren und Monaten immer mehr Gesuche auch von berufsständischen Kubanerinnen und Kubanern ein: Um die 70 Prozent der Gesuchsteller, so rechnet Olivera vor, haben keinerlei landwirtschaftliche Vorkenntnisse. Dies ist durchaus so gewollt: Die «Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells», die mit dem Parteitag der Kommunistischen Partei vom Februar 2011 eingeleitet worden war, sieht bekanntlich eine massive Schrumpfung der staatlichen Stellen vor und die Karriere als

«Neobauer» ist eine der Alternativen, die sich entlassenen Staatsangestellten bietet. Nicht allen gelingt dabei der Übergang vom Büro auf die Scholle: Bereits wurden 14 000 Personen die zugeschlagenen Hektaren wieder entzogen, da sie mit der Bewirtschaftung zulange zugewartet hatten oder sich als unfähig dazu erwiesen. Um die 90 Prozent der Neubauern suchen deshalb ihr Heil im Schoss bestehender Genossenschaften, denen der eingebrachte Boden willkommen ist. «Die Genossenschaften führen die neuen Mitglieder in die Landwirtschaft ein und sorgen sowohl für logistische Unterstützung wie für die Vermittlung von Kenntnissen», bekräftigt der oberste Kleinbauer Kubas, der Präsident der Kleinbauernvereinigung ANAP, Orlando Lugo Fonte in einem Gespräch mit der kubanischen Tageszeitung Juventud Rebelde. «Sie werden auch bevorzugt mit Betriebsmitteln beliefert.»

### Gesetz wird angepasst

Bereits werden um die 80% des neu verteilten Bodens bewirtschaftet, mehrheitlich zur Tierhaltung und erst zu einem Viertel für den anspruchsvolleren Anbau von Gemüse und andern Kulturen. Erste Auswirkungen sind statistisch erheblich: So hat die gesamte landwirtschaftliche Produktion in den ersten drei Monaten des Jahres 2012 um 10% zugenommen. Viel zu wenig, monieren Vertreter der Regierung, immer noch würden die Importe am Jahresende mit prognostizierten 1,7 Milliarden Dollar zu Buche schlagen.

Landwirtschaftsspezialisten wie Maria Elene Salar von der Kubanischen Vereinigung für Tierproduktion ACPA plädieren für Geduld. Bis sich ein gesamtwirtschaftlicher Effekt einstelle, brauche es Zeit. Viele der neuen Bauern müssten ihr Handwerk zuerst lernen und verfügten noch nicht über die notwendigen Arbeitsutensilien oder Düngemittel und meistens sei das übernommene Land wegen der Schadpflanze Marabú zunächst in einem sehr schlechten Zustand. Und Armando Nova vom Forschungsinstitut der kubanischen Wirtschaft CEEC ortet Hemmnisse im Gesetzesdekret

selbst: Die zehn Jahre Nutzniessung für Private seien zu wenig, um Land wirklich urbar und produktiv zu machen, was viele der Neubauern trotz Verlängerungsmöglichkeit in ihrem Enthusiasmus bremsen würde. «Die Arbeit auf Staatsland muss schliesslich auch für die Bauern attraktiv sein», gab er in einem Interview zu Protokoll (ND, 22.12.2011) «Man lässt dem ausländischen Investor doch auch einen Golfplatz bauen, den er 29 Jahre nutzen darf.» Eine Gesetzesrevision, die im kubanischen Parlament in Arbeit ist und nächstens verabschiedet werden soll, wird hier wohl Remedur schaffen und die Nutzniessung auf 25 Jahre ausweiten. Private Nutzniesser wären damit den juristischen Personen gleichgestellt, die bereits jetzt Staatsland während maximal zwei 25jährigen Perioden bewirtschaften können. Der langjährige ANAP-Präsident Lugo Fonte möchte gar eine Nutzniessung auf Lebzeiten: «Ich meine, der Nutzniesser sollte keine zeitliche Limite gesetzt werden. Der Boden bleibt ja so oder so Staatsbesitz. Zudem müsste es möglich sein, die Nutzniessung zu übertragen: Wenn jemand den Boden mit seiner Familie bebaut, dort sein Leben verbringt und stirbt, sollten seine Kinder das Recht erhalten, die Nutzniessung zu erben.»

Eine andere Bestimmung, die sich von vornherein als kontraproduktiv erwiesen hat und die angekündigte Revision des Gesetzes wohl nicht überleben wird, betrifft getätigte Investitionen auf dem genutzten Boden: Werden Verbesserungsmaßnahmen am Pachtgut bei der Beendigung der Nutzniessung vergütet, sind Wohnbauten davon ausgenommen. Armando Nova hält es für einen «Strickfehler», davon auszugehen, dass die Bauern nicht auf dem Land leben, das sie bestellen. «Zentrales Ziel der Reformen in der Landwirtschaft muss die Umkehr der Landflucht sein – die Wiederbevölkerung des Landes.»

### Absatzwege verschlanken

Es ist zu erwarten, dass die Produktivität der kubanischen Landwirtschaft in den nächsten Jahren einen deutlichen Schub erfahren wird. Doch wie das eingangs erläuterte Beispiel der Landwirtschafts-Genossenschaft «Frank País» zeigt, geht es nicht nur um die Produktion, sondern insbesondere auch darum, wie die Produkte zum Konsumenten gelangen und zu welchem Preis. «Niemand wird ernsthaft die Bedeutung der Produk-

Fortsetzung Seite 6

### Genossenschaftsformen

Auf Kuba werden folgende hauptsächlichen Genossenschaftsformen unterschieden:

- CSS (Cooperativas de Creditos y de Servicios). Seit 1960. Etwas über 3000. Individueller Landbesitz, zum Teil gemeinsame Nutzung der Geräte. Gemeinsame Vermarktung, Gewinnbeteiligung.
- CPA (Cooperativas de Producción agrícola). Seit 1975. Etwas über 1000. Land und Mittel werden eingebracht. Gemeinsame Vermarktung, Gewinnbeteiligung.
- UBPC (Unidades Basicas de Producción cooperativa). Seit 1993. Ca. 2300. Aus den Staatsfarmen entstanden. Die Bauern sind angestellt, die Genossenschaften unterstehen grösseren Unternehmen, welche die Investitionen, die Produktion und den Verkauf lenken.

## Kuba selbst erleben

Reisen Sie mit «Unsere Welt» und der Schweizerischen Friedensbewegung durch die sich verändernden Landschaften Kubas. Informieren Sie sich aus erster Hand über Errungenschaften und Visionen der revolutionären Karibikinsel und ihrer Bevölkerung.

### Studienreise vom 8. – 21. April 2013

durch West- und Mittelkuba mit reichhaltigem Besichtigungs- und Begegnungsprogramm

Schweizerische Reiseleitung durch UW-Redaktor Martin Schwander.

### Kosten ca. Fr. 3000.–, alles inklusive

Detailliertes, provisorisches Programm erhältlich über Tel. 034 422 16 32 oder comtex@besonet.ch. Die Anzahl Teilnehmender ist auf 20 beschränkt. Definitive Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt.



Genossenschaftsbauer Alexander Escalona Clemente von der Genossenschaft «Eduardo Panizo» in Guanajay mit einer modernen Bewässerungsmaschine, die ihm von der Genossenschaft zur Verfügung gestellt wurde. Foto Schwander

Fortsetzung von Seite 5

ktivität in Zweifel ziehen», meint etwa J. Álvarez López aus Villa Clara, der sich in den Leserbriefspalten der kubanischen Tageszeitung «Granma» schon verschiedentlich sehr kritisch mit der Nahrungsmittelsituation auseinandergesetzt hat. «Aber es muss auch alles daran gesetzt werden, dass das Produzierte so direkt wie möglich zum Konsumenten kommt und nicht zwischenzeitlich die Börsen der Spekulanten füllt.»

Dass Produzenten und Endabnehmer näher gerückt werden sollen, ist denn auch eines der Ziele der gegenwärtigen Aktualisierungen und schliesst die Möglichkeit ausdrücklich ein, dass «Produzenten über ihre eigenen Kanäle zum Markt gelangen». Die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zu entflechten, ist auch eines der Ziele von ANAP-Präsident Lugo Fonte: «Wenn wir auf Kuba über eine private und diversifizierte Produktion verfügen, kann es nicht angehen, dass die Vermarktung einem Monopol untersteht. Es müssen viele Formen des An- und Verkaufs angewendet werden

können. Wenn eine Genossenschaft ihre Produkte in einem eigenen Laden verkaufen will, so soll sie das tun können. Warum muss sich hier noch ein Unternehmen dazwischenschalten?»

Bereits in Kraft getreten ist seit einigen Monaten die Bestimmung, wonach staatliche Tourismusbetriebe direkt mit örtlichen Genossenschaften Lieferverträge für sämtliche landwirtschaftlichen Produkte abschliessen können. Ganz zum Gusto der Bauern aus der CSS Frank País: Inmitten kürzester Zeit haben sie aus diesem Direktverkauf über 1,5 Millionen kubanischer Peso eingenommen.

**Händler treiben Preise hoch**  
Von Konsumentenseite wird nicht nur erwartet, dass sich das Angebot an Nahrungsmitteln ausweitet sondern vor allem auch, dass die landwirtschaftlichen Produkte billiger werden. Letzteres ist zur Zeit offenbar noch nicht der Fall. «Granma»-Leser R. L. San Román González schreibt zum Beispiel, das letzte Glied der Kette, die Bevölkerung, habe bisher noch nicht viel gemerkt von den Ver-

änderungen auf dem Land: «Mich beschäftigt, dass es diesen neuen Bauern trotz erleichtertem Zugang zu Betriebsmitteln und trotz reduzierten Steuern immer noch nicht gelingt, die Preise ihrer Produkte zu senken.» Mit vielen andern Leserbriefschreibern fordert auch er eine Preiskontrolle, wie sie sich auf den staatlichen Agrarmärkten mit festgelegten Preis-Obergrenzen bereits durchgesetzt hat: Die Reformen auf dem Land seien nicht dazu da, dass sich einige bereichern könnten, sondern dass der Revolution geholfen werde.

Gerade die Carreteros – mitunter gibt es im ganzen Land 16 000 dieser Händler, die sich für den ambulanten Gemüseverkauf eine Lizenz beschafft haben – führen zu neuem Unmut. A. Rodriguez Luna etwa schreibt in der «Granma»: «Während gewisse Produkte auf den staatlichen Agrarmärkten schwinden, sind davon immer mehr ambulant im Angebot, in Kisten auf einem Fahrrad oder in kleinen Karren. Natürlich nicht zu festgelegten Preisen! Ich könnte jetzt sagen, dass die Produkte teurer sind als auf den Staatsmärkten, aber es kommt der Wirklichkeit näher wenn ich sage, dass sie schlicht und einfach unerschwinglich sind für jemanden, der von seiner Arbeit und seinem Lohn lebt.» Wie bei den Wiederverkäufern industrieller Produkte wirkt sich auch hier das Fehlen von Grossisten aus, bei denen sich Detailhändler eindecken könnten. Der Mechanismus ist derselbe: Weil der Grossist fehlt deckt sich der Detailhändler in grossen Mengen auf dem Kleinmarkt ein, sorgt dort für Engpässe in der Versorgung und zwingt die Bevölkerung, die es sich leisten kann, bei ihnen stark erhöhte Preise zu zahlen. «Der Wiederverkäufer von Nahrungsmitteln», ärgert sich «Granma»-Leser A. Barroso Martínez, «fühlt sich allmächtig, weil er der einzige ist, der über ein bestimmtes Produkt verfügt und er spekuliert mit etwas, das wir zur Befriedigung unserer Grundbedürfnisse absolut benötigen.» Er fragt sich, wofür denn die sozialistische Planwirtschaft noch diene: «Wie ist es möglich, dass Einzelpersonen leichter und mit mehr Handlungsfreiheit als der Staat Verträge über An- und Verkauf abschliessen, sich Transportmittel beschaffen und erst noch eine grössere Palette von Produkten anbieten können als der Staat selbst?»

Antworten von dieser Problematik gibt es von Regierungsseite bisher noch kaum: Wie bei der industriellen Produktion herrscht auch hier vorerst die Überzeugung vor, dass eine Steigerung und Diversifizierung der Produktion automatisch Abhilfe schaffen wird.

Ein Schritt zur Befreiung der Cuban Five

## Regierungs-Stories

Der US-amerikanische Schauspieler Dany Glover und der Filmregisseur Saul Landau haben Ende August den Kubaner Gerardo Hernández im Gefängnis besucht. Gerardo wurde zusammen mit seinen Landsleuten Rene Gonzalez, Ramon Labañino, Antonio Guerrero und Fernando Gonzalez 1998 wegen der Verfolgung gewalttätiger Gruppen, die von Miami aus Aktionen gegen Kuba organisierten und durchführten, vom FBI festgenommen und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Er erhielt mit zweimal lebenslänglich plus 15 Jahre Gefängnis die schwerste Strafe.

Von Danny Glover und Saul Landau

In Victorville, 85 Meilen nordöstlich von Los Angeles gelegen, halten Menschen an, weil sie jemanden in einem der diversen Gefängnisse treffen müssen oder weil sie ein Geschäft in Gefängnisangelegenheiten zu erledigen haben.

Wir buchen Zimmer, damit wir früh im Gefängnis sein und mehr Zeit mit Gerardo Hernández verbringen können. Wir kennen den Highway 15 West schon, der über Wüstenhügel führt, von wo aus man die massiven grauen Betonbauten sieht – den Bundeszuchthauskomplex.

Wir füllen Formulare aus, passieren einen Röntgenschirm, werden von einem Wachhabenden abgetastet, bekommen unsere Stempel aus wischfester Tinte auf die Handgelenke, die im nächsten Raum gescannt werden, und um 8:45 Uhr werden wir im Besucherraum mit den schwarzen und Latino-Ehefrauen und Kindern platziert, die ihre Ehemänner und Daddies besuchen.

Gerardo erscheint, wir umarmen uns und beginnen das Gespräch. Er erzählte uns, dass Martin Garbus, sein Anwalt, ein neues Schriftstück (verfügbar auf [www.thecuban5.org](http://www.thecuban5.org)) eingereicht hat, das erklärt, Gerardos Gerichtsverhandlung habe die Grundrechte und die Verfassung verletzt und müsse daher für ungültig erklärt werden, was ihn und seine Kameraden von ihren langen Haftstrafen befreie.

Laut dem Schriftstück zeigen Dokumente, dass die US-Regierung eine ganze Reihe in Miami ansässiger Journalisten dafür bezahlt hat, negative Berichte über Gerardo und seine Mitangeklagten zu verfassen. Diese von der US-Regierung bezahlten Geschichten erschienen in Zeitungen, Magazinen, Radio- und Fernsehbeiträgen und beeinflussten die öffentliche Meinung in der Gemeinde, einschliesslich die der Geschworenen und ihrer Familien, wie das Schriftstück argumentiert, und daher zieht es die Frage, ob in Miami eine faire Verhandlung für die fünf dort angeklagten Männer möglich war, in schwere Zweifel.

Das Schriftstück erklärt, die insgeheime und erfolgreiche Unterwanderung von Print-, Radio und Fernsehmedien durch die Regierung, um eine Verurteilung zu erwirken, sei einzigartig und «verletzte die Integrität der Gerichtsverhandlung und die Rechtsstaatlichkeitsbestimmung in der Verfassung.»

Garbus argumentiert darüber hinaus: «Die Regierung veröffentlichte über illegale Zahlungen von Millionen von Dollar und über einen Zeitraum von sechs Jahren mindestens Tausende von Artikeln, die das Verfahren beeinflussen und die Jury davon überzeugte zu verurteilen. Die Antwort der Regierung auf diesen Einspruch ist schlicht unhaltbar und rechtlich inkorrekt. Die Verurteilung muss jetzt ausgesetzt werden.»

In dem langen Schriftstück zeigt Garbus, wie Journalisten in der ausschliesslichen Absicht für Nachrichtenherausgeber schrieben und redeten, ein verzerrtes Bild von den Handlungen, die darin bestanden, den von Miami ausgehenden Terrorismus in Kuba zu verhüten, der Angeklagten zu vermitteln und sie stattdessen, wie Garbus' Schriftstück zeigt, als Militärs darzustellen, die eine kubanische Militärintervention in Südflorida vorzubereiten versuchten.

Gerardo und vier Mitstreiter haben schon fast 14 Jahre in Bundesgefängnissen abgesessen, weil sie versucht hatten, rechtsradikale Strolche aus Miami daran zu hindern, Bombenanschläge auf Havanna zu verüben. 1997 traf eine Reihe von Bombenanschlägen Hotels, Restaurants, Bars und Clubs. Ein Tourist starb und viele kubanische Angestellte dieser Einrichtungen wurden verletzt. Die Anschläge wurden von Luís Posada Carriles, heute Einwohner von Miami, organisiert und mit dem Geld von rechtsradikalen Exilanten finanziert.

Wir fuhren vom Gefängnis zum Flughafen Ontario und fragten uns: «Was», fragten wir uns, «was macht ein gut ausgebildeter Kubaner an einem solchen Ort?» Die US-Regierung wusste, dass die kubanischen Agenten kubanische Exilgruppen infiltriert hatten, welche beabsichtigten, der kubanischen Tourismusindustrie Schaden zuzufügen. Die Fünf bekämpften den Terrorismus und teilten dem FBI ihre Informationen mit. Sie hätten nie angeklagt werden dürfen und jetzt, nach fast 14 Jahren im Gefängnis, sollten sie endlich befreit werden.

Präsident Obama könnte und sollte sie begnadigen und nach Hause schicken. Kuba hat angedeutet, dass es mit der Freilassung von Alan Gross antworten würde, der für eine Firma im Auftrag von USAID mit dem Ziel, die kubanische Regierung zu destabilisieren, arbeitete und in Kuba verurteilt wurde. Es ist Zeit für Präsident Obama, diese Angelegenheit auf seine Tagesordnung zu setzen.

Quelle: Gekürzt aus CounterPunch, Übersetzung ¡Basta Ya!, [www.miami5.de](http://www.miami5.de)



### Kuba zwischen Wandel und Kontinuität

Freitag 14. September 2012, 19 Uhr im Säali der Brass Lorraine, Quartierstr. 17, Bern. Unter der Regierung von Raúl Castro wurden in Kuba tiefgreifende Reformen begonnen. Sie zielen vor allem auf eines ab: mehr wirtschaftliche Effektivität. Doch der Wandel in Kuba hat schon viel früher begonnen, spätestens nach den geopolitischen Umbrüchen 1989/1990. Über die Veränderungen in dem Inselstaat und die Perspektiven des sozialistischen Kubas spricht der Lateinamerika-Experte und Korrespondent der Nachrichtenagentur Prensa Latina, Harald Neuber. VSC / Vereinigung Schweiz-Cuba, Bern



### Journalismus in und über Cuba

Polit-Ápéro und Diskussion

mit Arsenio Rodriguez (Havanna), HabanaRadio/Cuba Internacional und Harald Neuber (Berlin), amerika21/Prensa Latina

Sonntag, 16. September 2012 11:00 – 13.00 h  
Unternehmen Mitte Basel

Mit Mojito und aktuellen Bildern  
Vereinigung Schweiz-Kuba, [www.cuba-si.ch](http://www.cuba-si.ch)



Gamal Abdel Nasser wird 1956 nach der Verstaatlichung des Suez-Kanals bejubelt. Quelle: Archiv CIA

Entstalinisierung / Suez-Krise / Ungarn-Aufstand

## Zeitenwende 1956

1956: das turbulenteste Jahr zwischen 1945 und 1989. Es brodelt in der Sowjetunion, im Nahen Osten, in Polen und Ungarn. Kann man die vielfachen Verflechtungen und Verstrickungen der einzelnen Ereignisse überhaupt übersichtlich darstellen? Man kann. 2008 ist bei Sellerio (Palermo) ein schmales Bändchen mit dem Titel «1956. L'anno spartiacque» erschienen, das nun endlich auch auf Deutsch vorliegt.

Von Antoinette Mächtlinger

Dem Autor Luciano Canfora (\*1942), Altphilologe und Historiker an der Universität Bari, folgen wir von A bis Z mit unverminderter Spannung. Der Text ist reich an ausgewiesenen Zitaten, häufig aus italienischen Quellen, auch von wenig bekannten direkten Zeugen des Geschehens. Einziges Manko: es fehlt ein Literaturverzeichnis.

In den Kapiteln zur Vorgeschichte wird an prägende Ereignisse erinnert: Gründung der NATO 1949, Einrichtung der US-Militärbasen im Mittelmeerraum ab 1952, dann 1953 Tod Stalins, Liquidierung Berijas und Aufstand vom 17. Juni in der DDR. Schwerpunkte im Jahr 1954 sind der erfolgreiche Test der Wasserstoffbombe in der Sowjetunion, die Niederlage Frankreichs in Indochina und die Rebellion in der französischen Kolonie Algerien, während in Ägypten jener Nasser an die Macht kommt, der zwei Jahre später den Suez-Kanal verstaatlichen wird. Das Jahr 1955 bringt die Gründung des Warschauer Pakts und die Festigung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Blockfreien Jugoslawien (Tito), Ägypten (Nasser), Indien (Nehru).

Am 24. Februar 1956 beginnt der XX. Parteitag der KPdSU, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Wir verfolgen ihn zum Teil anhand des Tagebuchs eines italienischen Delegierten, treffen dabei nicht nur auf die ehemalige Sekretärin Stalins, sondern auch auf historische Figuren, von der Pasionaria über Thorez, Duclos bis zu Ulbricht. Chruschtschow kritisiert in seiner Grundsatzrede Stalin nicht direkt, aber er insistiert auf der Notwendigkeit der «Wiederherstellung der von Lenin aufgestellten Normen des Parteilebens» und auf die «Verankerung des Leninschen Prinzips der kollektiven Leitung». Aus der Schlussresolution werden zwei wichtige Punkte hervorgehoben: die Abkehr von der These der Unvermeidbarkeit des Krieges und die Bestätigung der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz zwischen unterschiedlichen Systemen und Staaten, ungeachtet ihrer jeweiligen Gesellschaftsform.

Wirkungsvoller als diese Rede ist die Geheimrede über die Verbrechen Stalins, die Chruschtschow am zweitletzten Tag vor über 1400 führenden Funktionären der KPdSU hält und die nicht schriftlich überliefert ist. Interessant ist hier die differenzierte

Erläuterung der Quellenlage durch Historiker Canfora. Er bringt dann auch einige «Stichproben» von Reaktionen im Westen «auf die ungeheuren Neuigkeiten des XX. Parteitags». Ungleich bedeutungsvoller aber sind die Auswirkungen im Osten. Da ist das Pulverfass DDR, das der Autor wie folgt einschätzt: «Ulbricht hat die Krise von 1953 überstanden und lässt nun gegenüber den Moskauer Veränderungen viel Vorsicht und Aufmerksamkeit walten.»

Heftig sind die Auswirkungen in Polen. Es sei «eines der durch Stalins Herrschaft am meisten zerrissenen Länder», erläutert unser Autor. Die wirtschaftliche Situation trägt zur wachsenden Unzufriedenheit bei, die im Volksaufstand in der Arbeiterstadt Posen gipfelt (28. Juni 1956). Hier weist Canfora auf die ungeheuren Probleme bei der Umstellung auf ein sozialistisches Wirtschaftsmodell hin: «(Es) mussten nicht nur Druck, Zwang und Repression ausgeübt, sondern auch Opfer gefordert und Prioritäten gesetzt werden.» Auf einer Marathon-Plenarsitzung (19./20. Oktober) setzt sich gegen massiven sowjetischen Druck die Gomulka-Fraktion durch, die eine Entwicklung wie in Ungarn verhindern kann.

Die neue Öffnung der sowjetischen Aussenpolitik gegenüber den Blockfreien verändert die Lage in Ägypten. Da ist das Angebot von 300 Mio Dollar für den Bau des Assuan-Staudamms, aber auch ein Vertrag über atomare Zusammenarbeit. Am 26. Juli 1956 erlässt Nasser das Dekret über die Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft, das «die weltweite öffentliche Meinung wie eine Ohrfeige» trifft. Die Reaktion erfolgt parallel zum Aufstand in Ungarn: Ende Oktober greifen israelische Truppen und anglofranzösische Fallschirmjäger Ägypten an. (Auf internationalen Druck hin werden sie sich am 5. November zurückziehen müssen.) Canfora zieht eine Parallele zwischen dem Vorgehen der Grossmächte in Ägypten und Ungarn: «Es geht um die Rolle der Sowjetunion in Osteuropa, den fundamentalen Widerspruch zwischen ihrer Aussenpolitik im Weltmassstab und der alles andere als friedlichen und schmerzfreien Verbindung zwischen der Grossmacht und ihren Trabanten.» Das Spiegelbild des sowjetischen Widerspruchs böten die westlichen Grossmächte, indem sie die Aufstände in den sowjetischen Satellitenstaaten anstacheln, während sie die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt unterdrücken.

In der Vorgeschichte zum Aufstand in Ungarn wird betont, dass nach dem Sieg über den Faschismus und der Einführung der Agrar- und Bildungsreform der mächtigste Gegner des neuen Staates die katholische Kirche war, grösster Grundbesitzer und bis anhin Herr über Schulen und Universitäten. Hier tritt Kardinal Mindszenty in Aktion, der im Aufstand eine tragende Rolle spielen wird. Auf Regierungsseite haben wir Leute wie KP-Chef Rákosi als Vertreter des «hyperstalinistischen Ungarn». Ab Juli 1956 gibt es Anzeichen für einen gewissen Wandel, Janos Kadar und Imre Nagy, die in der KP in Ungnade gefallen waren, werden rehabilitiert. Die Bevölkerung versteht diese Signale als Möglichkeit, «ein besseres Leben zu erringen, angetrieben übrigens durch das unablässige Trommelfeuer westlicher Radiosender, allen voran «Radio Free Europe»». Ab dem 23. Oktober überschlagen sich die Ereignisse: Aus der Kundgebung des studentischen Petöfi-Kreises entsteht ein Aufstand, der eine Regierung Nagy/Kadar an die Macht bringt.

Am 1. November erklärt Imre Nagy über Radio Budapest den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt, worauf Kadar auf Distanz zur Regierung geht. (Er ist es, der von Moskau als Staatschef eingesetzt werden wird.) Kommunisten werden «massakriert, in den Strassen gelyncht und aus Fenstern geworfen.» Am 4. November beginnt die konzentrische Attacke der sowjetischen Panzerkolonnen auf Budapest. Imre Nagy muss fliehen und wird 1958 in einem «Racheakt» der Sowjets hingerichtet. Historiker Canfora lässt es aber dabei nicht bewenden. Er zeigt auch auf, wie schwer der Entscheid des militärischen Eingreifens der Sowjetregierung gefallen ist. Dazu findet sich im Anhang ein vierzehnteiliges Dokument, ein Auszug aus dem Tagebuch eines jugoslawischen Kadern, der am Geheimgespräch mit Chruschtschow und Malenkow in der Villa Titos am 2. November teilgenommen hat (Dauer bis fünf Uhr früh am nächsten Tag). Jugoslawien ist die letzte Station Chruschtschows nach einem Marathon durch alle «Bruderländer» und zusätzlichen Verhandlungen mit China innerhalb von zwei Tagen. Die sowjetische Regierung sieht im ungarischen Aufstand eine Konterrevolution mit dem Ziel der Wiedereinführung des Kapitalismus. Offenbar vermag sie die Regierungen der «Trabanten» in eindringlichen Gesprächen zu überzeugen. Zum «Krieg» in Ungarn bemerkt Canfora abschliessend: «Die Wunde, die damals geschlagen wurde, war eine bleibende. Es bedarf, wie wir sehen werden, der ganzen Geschicklichkeit Kadars, sie zu heilen zu versuchen. (...) Seit dem Ende des

Zweiten Weltkriegs war es auf europäischem Territorium nicht mehr vorgekommen, dass sich derart lange Kampfhandlungen entwickelten mit so schwerwiegenden Folgen und so schweren Verlusten, Kämpfe, die auf Lynchmorde, Racheaktionen, Massaker und Menschenjagd folgten, die in den Tagen unmittelbar vor der Invasion stattgefunden hatten.»

Das letzte Kapitel nennt Canfora Bitteres Nachwort. Als Historiker stellt er Überlegungen an «über das Personal und über die Bedeutung der

Vorkommnisse». Überlassen wir ihm das Schlusswort: «Wieder ist es das Ergebnis, das das Urteil bestimmt, das die Historiker über die Fakten fällen. Die Schlussfolgerung aus unsern Überlegungen kann deshalb nur problematisch und provisorisch ausfallen und ist ein Anreiz zu kritischem Denken. Und vielleicht war es nicht ohne Nutzen, sich kritisch mit einem der heissesten Vorfälle des Jahrhunderts auseinanderzusetzen, das wir vor noch nicht so langer Zeit hinter uns gelassen haben.»

30 Jahre Genossenschaft Riehentor Basel

## Den letzten Ziegel...

Am 8. September wurde die Genossenschaft Riehentor Basel 30 Jahre alt und feierte diesen Geburtstag mit einem Fest im Restaurant Torstübli.

Von Christoph Jäggi

Anfang Achtziger Jahre, der NATO-Doppelbeschluss sorgt für Diskussionen und Auseinandersetzungen. Die Schweizerische Friedensbewegung operiert von Optik-Kellers Keller aus. Sie wächst und wächst. Die Kellertreppe wird zu eng, ist dem Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsen. Jetzt müssen Büroräume her. Möglichst mit einem Versammlungsraum

dite eine Bürgschaft verlangte, haben Gertrud und Julius Jäggi, Hans und Louise Stebler und Otto Waser diese gegeben. Sie hätten bei einem Misserfolg der Genossenschaft mit ihrem persönlichen Vermögen gehaftet.

Als dann die Brauerei Wardeck nicht von ihren Sicherstellungshypothenen zurücktreten wollte und so die Genossenschaft in den Ruin trieb, haben Julius und Gertrud Jäggi zusammen mit Louise und Hans Stebler Kredite auf



dabei. Die Suche geht los. Nur leider haben die möglichen Vermieter wenig Freude an einem Mieter, der «Schweizerische Friedensbewegung» heisst.

Was tun?

Selber kaufen!

Wer soll das bezahlen? Eine Genossenschaft soll gegründet werden und die nötigen Mittel sollen beschafft werden. Christoph Jäggi wird beauftragt. Ein geeignetes Objekt ist bald gefunden. Das Restaurant Torstübli an der Riehentorstrasse 27. Die Liegenschaft ist aber nur zusammen mit Haus 29 zu haben.

Was tun?

Beide kaufen!

Am 8. September 1982 ist es soweit. Im ersten Stock des Restaurant Holzschopf wird die Genossenschaft Riehentor gegründet.

Die Gründungsmitglieder sind:

Hans und Louise Stebler, René Tobler, Christoph Jäggi, Gertrud und Julius Jäggi, Otto Waser, Ruedi Moser, Robi Moser, Rolf Buser, Trudi und Kurt Grosskopf, Ernst Bhend, Heidi und Karl Kleiber, Serge E. Annen.

Für den 1. Oktober ist der Kauf geplant. Am 10. September ist eine Anzahlung fällig. Es bleibt wenig Zeit, die Finanzierung zu sichern und alles Notwendige in die Wege zu leiten. Im Oktober 1982 werden die Renovationsarbeiten an die Hand genommen. Die beiden Liegenschaften sind seither total saniert worden und heute in einem sehr guten Zustand. Weit über eine Million wurde dazu im Laufe der Jahre investiert. Ganz zu schweigen von den tausenden von Arbeitsstunden, welche unsere Handwerker-Mitglieder beigetragen haben.

Als die Kantonbank Mitte der achtziger Jahre für zusätzliche Kre-

ihre Immobilien aufgenommen und so den Konkurs der Genossenschaft abgewendet. «Den letzten Ziegel werde ich verpfänden», monierte damals Julius Jäggi.

Darauf erst hat die Brauerei Wardeck die Sicherstellungshypothenen löschen lassen und die Kredite konnten zurückbezahlt werden. Heute geht es der Genossenschaft auch finanziell gut und derartige Sorgen gehören der Vergangenheit an.

Erster Präsident der Genossenschaft und Präsident der Schweizerischen Friedensbewegung war der 1996 verstorbene Hans Stebler.



Ohne Hans Stebler gäbe es keine Genossenschaft. Er war die grosse Integrationsfigur, welcher viele vertrauten. Bei ihm sahen die Genossenschafterinnen und Genossen ihr Anliegen und ihr Geld in guten Händen.

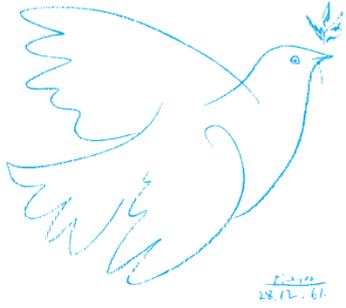
Seit über 20 Jahren schon stellt sie der Schweizerischen Friedensbewegung die Büroräume an der Riehentorstrasse 27 und 29 gratis zur Verfügung und kümmert sich um deren Infrastruktur – so wie dies im Zweckartikel der Genossenschaft Riehentor bei der Gründung als Ziel formuliert worden war.

Dies ganz im Sinne der Mitglieder der Genossenschaft nach unserem Leitsatz: Frieden durch Solidarität und Gerechtigkeit.



Luciano Canfora, *Zeitenwende 1956, Entstalinisierung, Suez-Krise, Ungarn-Aufstand*; Papyrossa, Köln 2012, Neue Kleine Bibliothek 176, 126 S., Fr. 14.90. ISBN 978-3-89438-485-2

ISSN 1423-6826  
sfb@bluewin.ch  
www.friedensbewegung.ch



# Unsere Welt

## Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

### Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.  
Auflage: 10 000  
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,  
Postfach 2113, CH-4001 Basel  
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32  
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander  
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,  
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander  
E-Mail: sfb@bluewin.ch  
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.  
PC: 40-1627-7  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbeding-  
t die Meinung der Redaktion wieder.  
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg  
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

### Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.  
**Wie kann man helfen?**  
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis \_\_\_\_\_ Exemplare «UNSERE WELT».

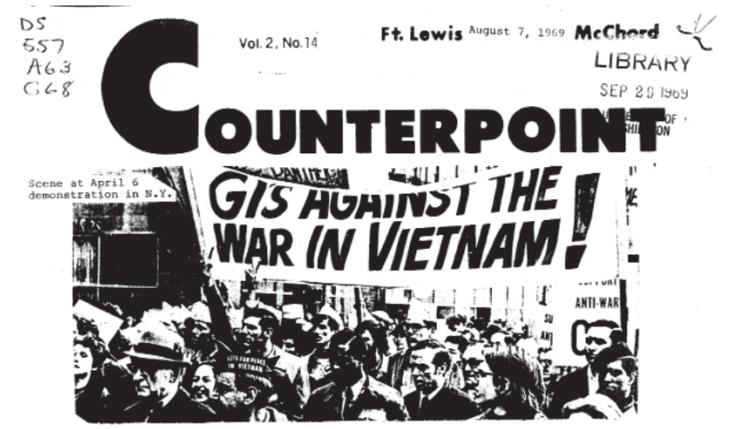
Senden Sie diesen Talon an:  
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_



Aus dem Titelblatt einer der zahlreichen Antikriegs-Flugschriften, die bei den US-amerikanischen Soldaten während des Vietnam-Krieges im Untergrund zirkulierten. Quelle <http://depts.washington.edu/antiwar/>

### Vor 45 Jahren

## Die Revolte der GI's

Der Widerstand der GIs gegen den USA-Krieg in Vietnam war ein gewichtiger Faktor, der zur Niederlage der stärksten westlichen Militärmacht 1975 beitrug.

Von Gerhard Feldbauer

Ende August 1967 verweigerten über 100 schwarze GIs der 1. Panzerdivision der US-Army den Einsatz gegen eine Antikriegsdemonstration in Chicago. Der Kommandeur der Division liess 43 der Soldaten wegen «Befehlsverweigerung» festnehmen. Jonatan Neale\*) schrieb, dass im Pentagon Befürchtungen wuchsen, es könnte zu Ereignissen wie «in Russland 1917, in Deutschland 1918 und in Iran 1981 kommen». Anlass war u. a. eine Demonstration von Veteranen des Zweiten Bataillons der Ersten Marines in Philadelphia, die unter der Losung «Alle Macht dem Volke» stattfand.

Die Aktionen folgten der «Frühjahrsmobilisierung» der amerikanischen Friedensbewegung, die am 15. April 1967 in New York und San Francisco mit 500 000 Teilnehmern die bis dahin grösste Antikriegsdemonstration auf die Beine brachte. Die Breite der Bewegung schloss Proteste der Studenten und Intellektuellen aller Schichten und Bereiche, Aktivitäten der Gewerkschafter, Anhänger Martin Luther Kings, der Black Power, die Socialist Workers Party und die Kommunisten ein. «Die Antikriegsbewegung war überall, auf fast jedem nennenswerten Stützpunkt», schrieb Neale.

Es gab etwa 300 Gruppen oder Komitees wie «GIs für den Frieden» und «GIs gegen den Krieg», «Vietnamveteranen gegen den Krieg» oder «Vereinigte GIs gegen den Krieg». Ihre zahlreichen Zeitschriften erreichten Monat für Monat Hunderttausende Exemplare. Von «Vietnam GI», die in Chicago mit einer Auflage von 15 000 Exemplaren erschien, wurden 3 000 an Soldaten in Südvietnam verschickt. Aufsehen erregten besonders die Demonstrationen der Vietnamveteranen, die in ihren alten Uniformen und Kampfanzügen aufmarschierten. Sie schilderten, zu welchen Verbrechen an der Zivilbevölkerung sie gezwungen worden waren. Viele von ih-

nen gaben ihre Kriegsauszeichnungen zurück.

### Die Aussage des Hauptfeldwebels Donald Duncan

Der Hauptfeldwebel Donald Duncan erklärte im Dezember 1966 im «Weekend Magazin», die US-Truppen befänden sich gegen den Willen der Bevölkerung in Südvietnam, ja zur Unterdrückung ihres antiamerikanischen Widerstandes. «Die Vietnamesen lehnen uns ab». Der Vietcong bringe in fast jeder Provinz Truppen in Divisionsstärke in den Kampf. «Solches Wachstum ist nicht nur unmöglich ohne Unterstützung des Volkes, dazu bedarf es geradezu überwältigender Zustimmung.» Duncan war 18 Monate in Südvietnam, hatte 32 Absprünge im «feindlichen Gebiet» absolviert, mehrere Auszeichnungen erhalten, war für den «American Silver Star», eine der höchsten US-Kriegsauszeichnungen, vorgeschlagen und sollte zum Hauptmann befördert werden.

In Südvietnam, wo die Masse der GIs sich aus Arbeitern, darunter viele schwarze, rekrutierte, war inzwischen eine regelrechte «Revolte der GIs» gegen den Krieg im Gange. Sie erfasste zahlreiche Truppenteile und die Kriegsgerichtsbarkeit wurde zunehmend der Lage nicht mehr Herr. Es kam zu Befehlsverweigerungen, zum Angriff anzutreten. In manchen Einheiten entstanden so etwas ähnliches wie Soldatenräte, auch wenn sie sich nicht so nannten. In vielen Einheiten mussten die Kompaniechefs immer öfter mit ihren Soldaten über die Bedingungen des Vorgehens verhandeln.

Gegenüber verhassten Offizieren und Feldwebeln wurde das «Fragging» (zersplittern durch eine Handgranate) praktiziert. Wenn Offiziere oder Feldwebel nicht bereit waren, mit den Soldaten zu kooperieren, wurden sie auf diese Weise umgebracht oder im Gefecht auch einfach erschossen. Über 1 000 Offiziere und Unteroffiziere seien schätzungsweise

durch ihre eigenen Leute umgelegt worden. Von 1970 bis 1972 kam es zu 363 Kriegsgerichtsverfahren wegen verübten «Fraggings». In vielen Fällen gab es jedoch keine strafrechtlichen Verfolgungen. «Ein kluger Kommandeur liess es durchgehen. Und tat er es nicht, wie sollte er herausfinden, wer der Täter war.» Neale gab Berichte von Armeeanwälten der 173 Luftlandedivision wieder, die erzählten, 1970 und 1971 seien «gewalttätige Angriffe auf Offiziere fast tägliche Vorkommnisse gewesen». «Eine Antipersonenmine sei direkt auf das Strategieplanungszentrum geworfen worden.» «Mit der Mine sollte der Führungsstab getötet werden.»

### Tausende GIs verweigerten den Einsatz

Nachdem die Südvietnamesische Befreiungsfront FNL bei den 1970 eröffneten Friedensverhandlungen in Paris öffentlich erklärte hatte, sie werde nicht auf Einheiten schiessen, die gegen sie nicht das Feuer eröffnen, trugen viele amerikanische Soldaten rote Armbinden als Zeichen für den «Viet Cong», dass sie nicht kämpfen wollten. Danach häuften sich Befehlsverweigerungen. In der 1. Kavallerie kam es zu 35 Einsatzverweigerungen. Innerhalb der Armee und bei den Marines gab es während des Krieges Tausende. Dem amerikanischen Justizministerium wurden 206 000 Kriegsdienstverweigerer gemeldet. Zwischen 1966 und 1972 kam es zu 423 422 Desertionen und unerlaubten Entfernungen von der Truppe. Die Zahl der Deserteure war dreimal höher als zu irgendeinem Zeitpunkt des Koreakrieges. 250 000 Armeegehörige schrieben Beschwerdebriefe an Kongressabgeordnete.

Nachdem 1972 der Luftkrieg gegen Nordvietnam wieder ausgeweitet wurde, kam es auf allen beteiligten Flugzeugträgern zu Unruhen. Von der «Oriskany» desertierten 25 Matrosen. Auf der «Kitty Hawk» protestierten in Subic Bay auf den Philippinen Hundert schwarze Matrosen gegen einen neuen Vietnameinsatz. Gegen die vorgehenden Marines setzten die Verweigerer sich mit Ketten, Schraubenschlüsseln und Rohren stundenlang zur Wehr. Als der Zerstörer «Coral Sea» nach Vietnam auslaufen sollte, protestierte ein Viertel der Mannschaft gegen den Einsatz, 35 Matrosen blieben in Kalifornien zurück. 1971 gab es laut einer Kongress-Untersuchung auf Kriegsschiffen 488 Beschädigungen oder Versuche dazu, 191 Sabotageakte und 135 Brandstiftungen. Der Flugzeugträger «Ranger» war durch zwei ins Getriebe einer Maschine geworfene 30-Zentimeter-Schrauben über drei Monate nicht einsatzfähig. Nach einer Brandlegung im Radarraum fiel der Flugzeugträger «Forrestal» zwei Monate aus. Während der mörderischen Bombardements auf Hanoi im Dezember 1972 verweigerte der «Phantom»-Pilot Captain Dwight Evans den Einsatz. Captain Michael Heck lehnte es ab, mit seiner B-52 zu starten. Er hatte bis dahin 200 Kampfeinsätze geflogen.

Die Juni-Ausgabe 1971 des «Armed Forces Journal» schrieb: «Moral, Disziplin und Kampfbereitschaft der US-Streitkräfte befinden sich

mit einigen wenigen herausragenden Ausnahmen auf einem Tiefpunkt und in einem schlimmeren Zustand als jemals zuvor in diesem Jahrhundert, vielleicht sogar in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Nach jedem nur denkbaren Massstab steht unsere Armee, die sich jetzt noch in Vietnam aufhält, vor dem Zusammenbruch. Ganze Einheiten weichen dem Einsatz aus oder verweigern ihn, sie ermorden ihre Offiziere und Unteroffiziere, sind drogensüchtig und mutlos oder stehen kurz vor der Meuterei.»

### Widerstand in der Bundesrepublik

Gegner des Vietnamkrieges agierten auch in der Bundesrepublik, von wo aus Truppentransporte nach Südvietnam gingen. In Nürnberg mobilisierte der Black Panther George Pumphrey 1969 GIs im US-Stützpunkt Merrill-Baracks, sich auf die Seite des vietnamesischen Volkes zu stellen und Kriegsbefehle zu verweigern. Nach offiziellen Angaben des Kommandos der 7. US-Army brachten die «schwarzen Dissidenten» ungefähr 1 500 Anhänger auf die Beine. In Nürnberg lernte George seine spätere Frau Doris kennen, die als Studentin der Politikwissenschaften im SDS aktiv war. Sie verteilte in Kneipen Flugblätter an amerikanische Soldaten und diskutierten mit ihnen über den Krieg in Vietnam und die rassistische und politische Verfolgung der Black Panther, die vom FBI zum «Staatsfeind Nr. 1» erklärt worden waren. Sie halfen Deserteuren zur Flucht ins Ausland. Denn die Bonner

Regierung als Hauptverbündeter der USA-Aggression in Vietnam verweigerte auch unter SPD-Kanzlern, Deserteuren Asyl.

Georg Pumphrey wurde 1970 in die USA zurückgeführt und aus der Armee entlassen. Er und seine Frau Doris (sie hatten in den USA 1971 geheiratet) mussten wegen politischer Verfolgung auf Grund ihrer Arbeit bei den Black Panthers 1972 die USA verlassen. Über Kanada flohen sie nach Frankreich und leben seit 1987 in der Bundesrepublik, wo sie sich bis heute weiter aktiv am antiimperialistischen Kampf beteiligen.

### Der Geist von einst lebt

45 Jahre später, am 20. Mai 2012 zogen 15 000 Menschen durch Chicago, um gegen die von den USA beherrschte weltweit kriegführende NATO, die gerade ihr Gipfeltreffen in der Stadt abhielt, zu protestieren. Organisatoren der Antikriegsdemonstration waren die Coalition against NATO und The G8 War and Poverty (GANG8). Sie wurden von 150 US-amerikanischen Organisationen unterstützt, hinter denen Hunderttausende stehen. Der Geist der Antikriegsbewegung von einst ist lebendig. Die Kriegstreiber im Pentagon, in Brüssel und in Berlin sollten das nicht vergessen.

Ausführlich nachzulesen in: Irene u. Gerhard Feldbauer, *Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam.* Pahl Rugenstein, Köln, 2. Aufl. 2006.

\*) Jonathan Neale, *Der amerikanische Krieg. Vietnam 1960-1975.* Bremen/Köln 2004.

## Kauft doch heisse Luft

-rumo. Geht Ihnen das Gschturn um die neuen Kampffjets auch so auf den Wecker? Alle Bundespolitiker kritisieren an dem Gripen herum und möchten ein anderes Flugzeug. Kaum jemand will aber auf die Kampfflugzeuge generell verzichten. Viele berufen sich auf die Verfassung Artikel 2: Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt ... die Sicherheit des Landes. Dass gleich im nächsten Abschnitt von der Wohlfahrt (nicht etwa vom Wohlflug) die Rede ist, geht völlig unter. Sowieso haben die Parteien ganz unterschiedliche Vorstellungen von der Wohlfahrt. Die einen fordern sie für die Wirtschaft, andere denken dabei an die Banken. Abgesehen davon fordern einige die Wohlfahrt einfach nur für sich, während die Autolobby glaubt, es gehe um den Ausbau des Strassennetzes.

Uns bringt dies auf eine geradezu geniale Lösung:

Wenn wir uns wortgetreu an die Verfassung halten und die Landesverteidigung in der Luft, sowie die allgemeine Wohlfahrt gewährleisten wollen, gibt es nur eine Frage zu beantworten: Was fährt wohl in der Luft? Jawohl Ballone! Ballone fliegen nicht, Ballone fahren. Also kauft Heissluftballone! Der gegenwärtige Kaufpreis für die 22 Gripen würde genau für 31 620 (einunddreissigtausendundsechshundertzwanzig) voll mit Funk und GPS ausgerüstete, grosse Heissluftballone reichen. Ausserdem könnte man sie durch Sponsoren finanzieren lassen. Immerhin stünden in Friedenszeiten riesige Werbeflächen zur Verfügung. Im Falle eines Krieges müsste man die Ballone allerdings neu bemalen. Grosse fürchterliche Fratzen, böse Geister und Hexenzeichen sollen den Feind gehörig abschrecken. Sie finden das lächerlich? Das ist nicht lächerlich. Jedenfalls nicht lächerlicher als die abschreckende Wirkung durch die 22 neuen Kampfflugzeuge.

\*\*\*

Um die Herausgabe von «Unsere Welt» weiterhin zu ermöglichen bitten wir Sie um ihre Unterstützung. Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7